

Der Freisinn

FDP

Nr. 7
Juli 1983
5. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Nachlese zu «Nowosti»

Wachsamkeit gegenüber Trojanischen Pferden

Die Nachwehen mit der Ritschard-Indiskretion liessen die Ursachen, die zur Schliessung des sowjetischen Desinformationsbüros «Nowosti» in Bern führten, in den Hintergrund treten. Die Debatte während der Sommersession im Nationalrat und Agitation in der Schweiz hinzuweisen. Nationalrat Dr. Felix Auer (FDP, BL) äusserte sich dabei auch zur Glaubwürdigkeit der Friedensliebe der UdSSR. Nachstehend ein Auszug aus seinem Votum:

Man kann ein gewisses Verständnis für die russische Spionage in der Schweiz aufbringen:

- Durch Lage, Neutralität und Existenz zahlreicher internationaler Organisationen waren wir stets ein beliebter Umschlagplatz der Nachrichtendienste.

- Das Hauptgewicht der illegalen Agententätigkeit der Sowjetunion in unserem Land liegt auf der Industrie-Spionage. Auch hierfür kann man Verständnis aufbringen: denn sie holt technischen Rückstand auf und spart Milliarden für Forschung und Entwicklung.

- Auch dass unsere Rüstungs-Industrie ausspioniert wird, lässt sich erklären.

Warum Spionage gegen die Schweiz?

Weniger plausibel ist jedoch die russische Spionage gegen unsere eigene Landesverteidigung. Sie ist von den Sowjets teilweise an Satellitenstaaten delegiert worden, in erster Linie an die DDR, die CSSR und Rumänien. Weshalb werden systematisch unsere Festungsanlagen, Gebirgsflugplätze, Tunnel, militärische und andere Infrastrukturen, Kunstbauten der

Nationalstrassen usw. ausspioniert?

Ganz unabhängig von unserer Neutralität und anderen politischen Aspekten: Moskau weiss genau — dazu braucht es keine Spionage —, dass die Schweizer Armee eine reine Verteidigungsarmee ist. Von ihrer ganzen militärischen Konzeption her wäre sie, selbst wenn wir wollten, nicht in der Lage, einen Angriff auf die Staaten des «real existierenden Sozialismus» auszuüben oder sich an einem solchen zu beteiligen. Unsere Armee ist an unser Land und unser Gelände gebunden.

Die «reale» Friedensliebe der UdSSR

Die Sowjetunion beteuert uns täglich ihre Friedensliebe. Kein Zweifel, dass das russische Volk dies teilt. Zu sehr ist ihm die Erinnerung an den Krieg wach (und wird in keinem anderen Land derart intensiv wachgehalten) — an einen Krieg, der nicht zuletzt dank dem Hitler-Stalin-Vertrag möglich wurde, dem Pakt zwischen Teufel und Beelzebub, dessen geheimer Teil auch heute noch in Russland unter Verschluss gehalten wird.

Wie aber steht es mit der Friedensliebe der russischen Führung?

Weshalb verwendet die Sowjetunion 11 bis 15 Prozent (je nach

Fortsetzung auf Seite 2

Nach der Diskussion über die Haushaltsperspektiven

Noch nicht am Ziel!

Sowohl der Ständerat wie auch die grosse Kammer nahmen in der Sommersession zu den Haushaltsperspektiven des Bundes Stellung. «Der Freisinn» bat den freisinnigen Aargauer Ständerat Dr. Hans Letsch um eine Wertung der Diskussion in den beiden Räten:



Sowohl in den Medien als auch in der parlamentarischen Debatte über die Haushaltsperspektiven des Bundes werden bzw. wurden vier wesentliche Fakten unzureichend gewürdigt.

1. Immer wieder wird der Eindruck erweckt, wir würden den Bund «aushungern», ihm also zu wenig Mittel zuführen. Demgegenüber haben das Parlament und teilweise der Souverän seit 1976 wiederholt (fast «alle Jahre wieder») Steuern erhöht (Warenumsatzsteuer, Stempelabgaben, Verrechnungssteuer, Alkohol- und Tabaksteuer u. a.). Die dadurch bedingten Mehreinnahmen summieren sich bis heute auf jährlich rund 2,5 Mia. Franken.

2. Männiglich spricht von «Abstrichen», «Einsparungen», «grossen Opfern» usw. Diese Worte erwecken den Eindruck, es würden die heute zur Verfügung stehenden Kredite gekürzt. Dem ist nicht so. Die Gesamtausgaben des Bundes steigen von 19,7 Mia. Franken im Voranschlag 1983 auf 22,8 Mia. Franken im Finanzplan 1986. Sogar für die Hilfe an Entwicklungsländer findet man im Finanzplan 1986 735 Mio. Franken gegenüber 577 Mio. Franken im Voranschlag 1983! Was in der offiziellen Terminologie Kürzungen sind, bedeutet fast durchwegs nichts anderes als *Abstriche am Wunschzettel* der zuständigen Departemente.

3. Regierung und Parlament eines Bundesstaates dürfen bei der Diskussion von Haushaltsperspektiven nicht isoliert den Zentralstaat betrachten, sondern sie sollten Kantone und Gemeinden miteinbeziehen. Das gilt insbesondere für die Beurteilung der *Staatsver-*

schuldung, die ein gesamtwirtschaftliches Problem darstellt. Die Graphik zeigt einen erfreulichen Trend, wobei sie allerdings nicht über die im Bund noch bestehenden Defizite und Schulden hinwegtäuschen darf. Immerhin ist auch das Gewicht der Bundes-schulden gemessen am Brutto-sozialprodukt rückläufig. Die Nettozinsbelastung (gesamte Passivzinsen abzüglich Aktivzinsen und Erträge) beläuft sich in den Kantonen noch auf 1,6%, im Bund auf rund 3,5% der Steuereinnahmen.

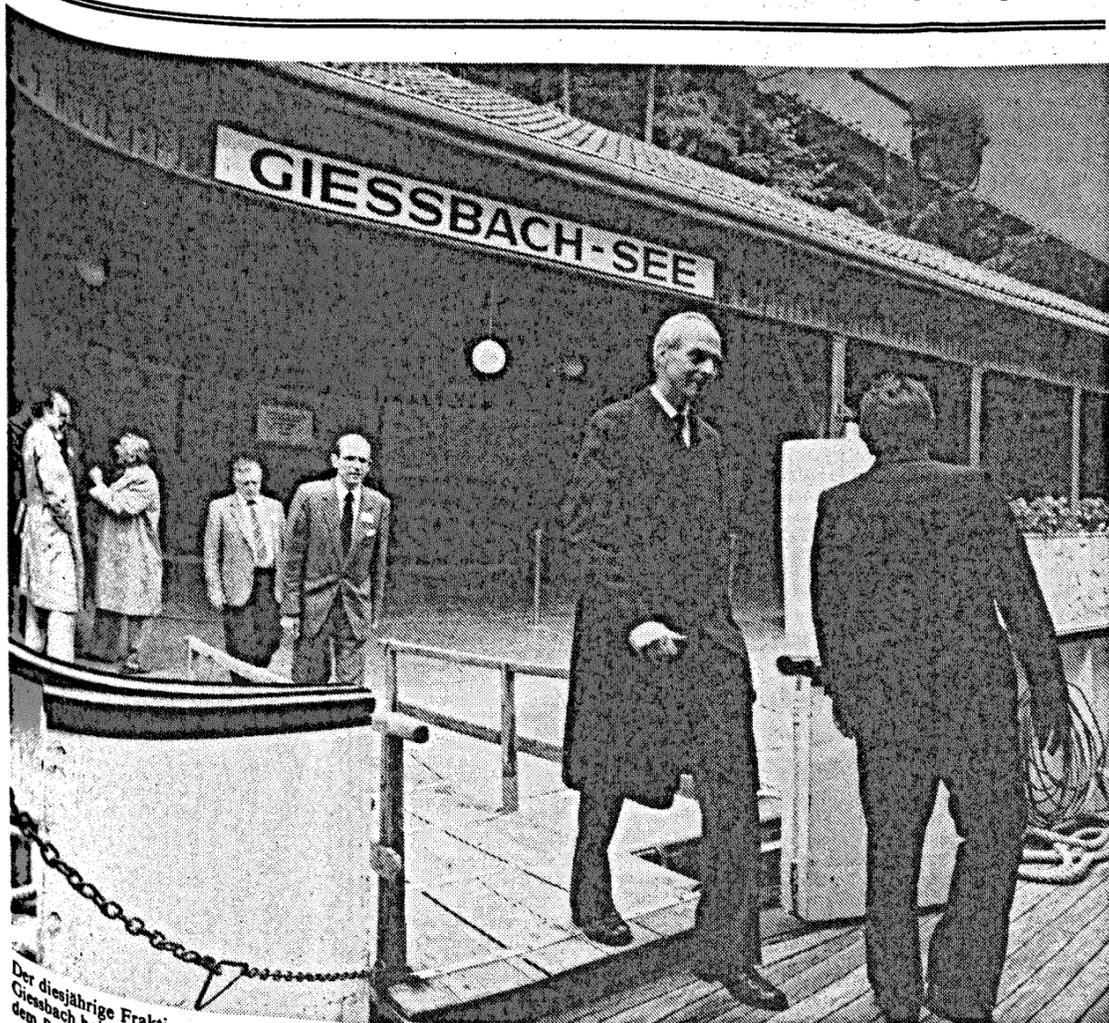
4. Es ist unklar geblieben, was unter dem viel beschworenen *Rechnungsausgleich* im Jahre 1986 zu verstehen sei. Herr Bundesrat Ritschard bezieht diese Forderung — unter Hinweis auf Art. 42^{bis} der Bundesverfassung — offenbar auf die Gesamtrechnung. Andere meinen ausdrücklich oder stillschweigend die Finanzrechnung. Beide sind volkswirtschaftlich wenig aussagekräftig, weil für Ausgaben mit Investitionscharakter doch wohl andere Finanzierungsgrundsätze massgebend sein dürfen (müssen!) als für laufende (Konsum-)Ausgaben.

Leitideen

Unter Berücksichtigung dieser Fakten erachte ich für die Finanzpolitik der nächsten Jahre drei Leitideen als wichtig.

1. *Neue oder höhere Steuern und Abgaben irgendwelcher Art sind finanzpolitisch nicht nötig, volkswirtschaftlich und steuerpsychologisch nicht gerechtfertigt.* Der Bund muss nun vorläufig mit den Mitteln auskommen, über die er rechtmässig (d. h. ohne kalte Pro-

Fortsetzung auf Seite 4



Der diesjährige Fraktionsausflug führte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung auf den Grimsel sowie nach Giessbach beim Brienzsee. Auf unserem Bild besteigt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich das einzig noch verbliebene Dampfschiff auf dem Brienzsee, die vor wenigen Jahren stilvoll renovierte «Lötschberg». Beachten Sie auch unseren Bildbericht auf Seite 11. (Photo rutli)

**Sparen?
Dann zur
SKA.**



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Fortsetzung von Seite 1

Quelle) ihres Volkseinkommens für die Armee?

Weshalb hat heute die Sowjetunion die stärkste Marine der Welt? Weshalb bezeichnet die Sowjetunion die Ostsee als «Meer des Friedens», dringt aber in wi-



Polen. «Die Rote Armee erfüllt ehrenhaft ihre grosse Befreiungsaufgabe», hiess es im Tagesbefehl. Alle fünf Verträge mit Polen, Finnland und den baltischen Staaten wurden gebrochen, getreu der These Lenins, dass Vereinbarungen mit nichtsozialistischen Staaten durch äussere Umstände verursachte Verzögerungen auf dem Weg zur Beseitigung des kapitalistischen Systems seien.

Unglaubliche Friedensbeteuerungen

Solange

- Russland derart aufrüstet und die «Entspannung» hierzu missbraucht,
- in Russland Führer herrschen, sie an den Greueln der Stalin-Zeit beteiligt waren, wenn auch «nur» als Schreibtischtäter,
- die Sowjetunion die «friedliche Koexistenz» missbraucht, um sich in die inneren Belange anderer Länder einzumischen und Spionage zu treiben, so lange kann ihren Friedensbeteuerungen — leider — kein Glaube geschenkt werden.

Und ist Wachsamkeit am Platz gegenüber Trojanischen Pferden.

derlicher Weise mit ihren U-Booten in die schwedischen Hoheitsgewässer ein?

Weshalb spionierte die Sowjetunion in Schweden und bei uns? Weil sie friedliebend ist? Das haben auch die Nazis erklärt, als sie bei uns spionierten!

Kein Zweifel: Die Sowjetunion will keinen Krieg, sondern, wenn immer möglich, ihre Ziele mit anderen Mitteln erreichen. Ihre Armee dient in erster Linie der Drohung und Einschüchterung — siehe Polen — und wird nur eingesetzt, wenn die anderen Mittel versagen: siehe Ungarn, CSSR, Afghanistan.

Verträge sind da, um nicht eingehalten zu werden...

Was die Achtung unabhängiger und neutraler Staaten betrifft, sei an einige russische Vertrags- und Friedensbrüche erinnert: Mit Finnland schloss die Sowjetunion 1931 einen feierlichen Gewaltverzichtvertrag ab. Die im Friedensvertrag von 1920 festgelegten Grenzen Finnlands seien unantastbar. Ohne Kriegserklärung, im November 1939, überfiel die Sowjetunion das Land. Separate Friedensverträge mit ausdrücklichen Gewaltverzichtserklärungen schloss die Sowjetunion 1931 und 1932 mit Estland, Lettland und Litauen ab. Im Sommer 1940 rückte die Rote Armee in die drei baltischen Staaten ein.

Auch Polen hatte die Sowjetunion feierlich in einem Vertrag die Integrität seiner Grenzen garantiert. Am 17. September 1939 fiel Russland in den Rücken der gegen die Deutschen kämpfenden

Beträchtliche Umverteilung über den Staatshaushalt

Der gesamtschweizerische Staatshaushalt löst eine erhebliche Umverteilung von den oberen zu den unteren Einkommensschichten aus. Eine Nationalfondsstudie (R. L. Frey/R. E. Leu) für das Jahr 1977 hat ergeben, dass der öffentliche Sektor mit seinen Einnahmen und Ausgaben das ursprüngliche Einkommen der 37% ärmsten Steuerpflichtigen um rund 50% erhöht, dasjenige der 2% reichsten Steuerpflichtigen aber um rund 40% vermindert. Insgesamt werden über den Staatshaushalt etwa 40% der primären Einkommensunterschiede abgebaut. Bis zu einem Reineinkommen von ungefähr 35 000 Franken profitieren die Steuerpflichtigen im Durchschnitt vom Staatshaushalt, während die höheren Einkommensgruppen verlieren.

Die umverteilende Wirkung des Bundeshaushalts ist geringer als jene der Kantons- und Gemeindehaushalte, da letztere überwiegend mit progressiven Einkommens- und Vermögenssteuern finanziert werden. Dementsprechend gehen von den Staatseinnahmen grössere Umverteilungseffekte aus als von den Staatsausgaben: die Schweizer Steuerzahler müssen zwischen 29% und 69% ihres Reineinkommens dem Staat abliefern. Anders liegen die Verhältnisse beispielsweise in der Bundesrepublik Deutschland, wo die finanzwirtschaftliche Umverteilung fast ausschliesslich über die Ausgabenseite zustande kommt und deshalb geringer ist als in der Schweiz.

Laufende Vernehmlassungen

Für folgende Geschäfte erwartet die Landesregierung eine Vernehmlassungsantwort:	Frist bis
Filmgesetz, Aenderung	31.7.
Vorentwurf für die Revision des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege (OG)	30.9.
Neue Haupttransversalen (NHT) der SBB	31.10.
Revision der Umsatzbesteuerung	31.10.
Ausübung der politischen Rechte durch die Auslandsschweizer	31.11.
Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung	31.12.

Und was ein Teil der schweizerischen Friedensbewegung betrifft: trojanischen Eseln ist nicht zu helfen. Im übrigen, ich bin gerne bereit, mich voll und ganz der Friedensbewegung anzuschliessen, unter einer Voraussetzung allerdings: dass sie sich auch in der Sowjetunion entfalten kann... In den bösen imperialistischen USA kann sie es.



Ablehnung der Innovationsrisikogarantie, Zustimmung zu regionalpolitischen Massnahmen

Stellungnahme der FDP zum zweiten Wirtschaftsankurbelungsprogramm

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) steht dem zweiten Wirtschaftsankurbelungsprogramm skeptisch gegenüber, da die angestrebte Zielsetzung, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schweizerische Wirtschaft, nur ungenügend erreicht wird. Sie lehnt die Schaffung eines vom Bund mitfinanzierten Innovationsrisikogarantie-Fonds aus ordnungspolitischen Gründen ab. Die Partei begrüsst jedoch, wie aus ihrer Vernehmlassungsantwort hervorgeht, den zweiten Teil des Pakets, die Änderungen bei den regionalpolitischen Massnahmen zugunsten wirtschaftlich bedrohter Regionen und des Berggebiets, da damit die zur Verfügung gestellten Mittel noch griffiger und effizienter eingesetzt werden können.

Nach Auffassung der FDP darf die weltweite Wachstumsschwäche nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Ursache eines Teils der gegenwärtigen wirtschaftlichen Probleme auch im eigenen Land zu suchen ist. Die beschlossene staatliche Nachfragestützung und der Ausbau des regionalpolitischen Instrumentariums müssen deshalb nach freisinniger Ansicht schwerkern von einer zukunftsorientierten Politik zur Erhaltung und Verbes-

serung der Rahmenbedingungen begleitet sein.

Unterstützung finden bei der Partei die vorgeschlagenen regionalpolitischen Massnahmen. Die FDP bringt einerseits die Erwartung zum Ausdruck, dass auf ordnungspolitische Aspekte strikt und konsequent Rücksicht genommen wird, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, und verlangt andererseits, dass die Massnahmen des Bundes von den Kantonen und Gemeinden ergänzt werden. Im übrigen ist sie der Meinung, dass der Begriff «bedrohte Regionen» einer periodischen Überprüfung zu unterziehen ist.

Vorbehalte gegenüber einem vom Bund mitgetragenen Innovationsrisikogarantie-Fonds bringt die FDP nicht nur aus ordnungspolitischen Gründen an, sondern auch aus Gründen der Praktikabilität. Fragwürdig erscheint ihr zudem die vorgesehene Grenzziehung bei 500 Mitarbeitern. Zweifel äussert sie gegenüber der Funktionsfähigkeit der zu schaffenden «Milizkommission». Ebenso vermögen die in Betracht gezogenen ausländischen Beispiele nach Auffassung der FDP nicht zu genügen. Die Partei schlägt deshalb vor, eine grundlegende Verbesserung der Rahmenbedingungen für die schweizerische Wirtschaft ins Auge zu fassen. Sie unterbreitet dazu dem Bundesrat in ihrer Stellungnahme konkrete Vorschläge.

Für höhere Familienzulagen in der Landwirtschaft

FDP begrüsst Revision des Bundesgesetzes

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst, da die vorgeschlagenen Massnahmen geeignet sind, die soziale Stellung der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer und der Kleinbauern, vor allem im Berggebiet, zu verbessern. Da die Einkommen zwischen den Betrieben im Tal- und Berggebiet noch immer stark differieren, sind Massnahmen, die vor allem auf eine finanzielle und soziale Festigung der Klein- und Bergbetriebe hinzielen, zu unterstützen. Nach Ansicht der FDP bringt die Gesetzesrevision, wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, auch gesetzgeberische und verfahrensmässige Vereinfachungen, die zu begrüßen sind.

Zustimmung findet bei der FDP vor allem die beantragte Erhöhung der Kinderzulagen um 20 Franken, da diese Anpassung eine Angleichung an die Kinderzulagen bringt, wie sie in den Kantonen ausserhalb des Landwirtschaftsbereiches ausbezahlt werden. Ein Fragezeichen setzt die Partei hinter die Staffelung der Kinderzulagen (höherer Ansatz ab dem dritten Kind). Sie regt an, diese fallenzulassen, zumal die wenigsten Kantone eine derartige administrativ komplizierte Abstufung der Kinderzulagen kennen. In die Kompetenz des Bundesrates soll es inskünftig gehören, die Ansätze der Kinderzulagen festzulegen. Im weiteren schlägt die Partei vor, auf die Haushaltszulagen zu verzichten zugunsten der sozialpolitisch viel wesentlicheren Kinderzulagen-

ordnung. Unterstützung findet die Belastung des jetzigen Arbeitgeberbeitragsansatzes, während vorgeschlagen wird, die Einkommensgrenze nicht mehr in der Regel alle zwei Jahre, sondern periodisch anzupassen. Keiner Opposition begegnet bei der FDP die Begrenzung des Kreises der Anspruchsberechtigten. Abgelehnt wird das Begehren aus bäuerlichen Kreisen, die Haushaltszulage nicht nur an landwirtschaftliche Arbeitnehmer, sondern auch an Kleinbauern auszurichten, da die damit verbundenen Mehraufwendungen von jährlich 54 Millionen Franken sozialpolitisch gezielter eingesetzt werden können.

Zustimmung zur Revision des Asylgesetzes

Vernehmlassungsantwort der FDP

Die Revision des Asylgesetzes mit dem ausschliesslichen Ziel, das Asylverfahren gesamthaft gesehen zu beschleunigen und damit zu einer Verbesserung der gegenwärtigen Situation beizutragen, wird von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) begrüsst. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, ist das Anliegen nach einer Beschleunigung des Verfahrens dringlich, da sich gemäss der geltenden Ordnung die Einleitung eines Asylgesuches als Umgehungsstatbestand einer ordentlichen Anwesenheitsbewilligung anbietet. Eine Kürzung des Instanzenzuges drängt sich nach Ansicht der Partei auf, da eine andere Lösung zur Be-

schleunigung des Verfahrens kaum möglich ist.

Da das Problem längerfristig nicht durch eine Revision der Verfahrensfragen gelöst werden sollte und kann, regt die FDP eine materielle Revision des Asylgesetzes an, zumal auf Grund der heute umfassenden Rechtsschutzgarantien des Gesetzes zahlreiche Asylgesuche ausgelöst werden. Die FDP weist allerdings darauf hin, dass die Erfahrungen mit dem Asylgesetz noch zu wenig aussagekräftig sind, um heute schon eine umfassende Revision durchzuführen. Bedenken bezüglich der vorgesehenen Behandlung von Beschwerden äussert die FDP, da eine personelle Trennung der entscheidenden Instanzen nur bedingt erfolgt, zumal bei einer Kürzung des Instanzenzuges die Unabhängigkeit der entscheidenden Behörden um so mehr erwünscht ist. Die Partei schlägt deshalb vor, Verfahrensvereinfachungen in dem Sinne zu prüfen, dass entweder gegen Entscheidungen des Bundesamtes für Polizeiwesen direkt eine Beschwerde an den Bundesrat zugelassen ist oder andererseits als erste und einzige Beschwerdeinstanz eine verwaltungsunabhängige Rekurskommission eingesetzt würde.

Unterstützung für EMD-Schwerpunkteprogramm

Stellungnahme des FDP-Militärausschusses

Mit Befriedigung hat der Ausschuss für Militärpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) zur Kenntnis genommen, dass die wesentlichsten Rüstungsvorhaben zur notwendigen Steigerung der Schlag- und Dissuasionskraft unserer Landesverteidigung trotz finanziellen Engpässen im Bundeshaushalt nicht gefährdet sind. Das vom Eidgenössischen Militärdepartement (EMD) unterbreitete Schwerpunkteprogramm in der Rüstungsbeschaffung findet die uneingeschränkte und ausdrückliche Unterstützung.

Nach Erläuterungen von Bundesrat Georges-André Chevallaz und Divisionär Jean-Rodolphe Christen, Direktor des Bundesamtes für Mechanisierte und Leichte Truppen, beschloss der Ausschuss, der unter dem neuen Präsidium von Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel) tagte, sämtliche Anstrengungen zu unterstützen, die eine Stärkung der militärischen Landesverteidigung als prioritäre Bundesaufgabe zur Folge haben.

Insbesondere zeigte sich der Ausschuss befriedigt über die schwerpunktmässige Rüstungsplanung, indem sowohl die Beschaffung eines neuen Kampfpanzers, eines Kampfhelikopters als Armeereserve als auch moderne Panzerabwehrvorrichtungen (Piranha) auf Regimentsstufe und eines leichten Strumgewehrs zugunsten der Infanterie trotz finanziellen Schwierigkeiten durchgezogen werden sollen. Der Ausschuss plädiert dabei für einen raschen Entscheid in der Frage der Beschaffung eines neuen Kampfpanzers, dem zur Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft unserer Armee absolute Priorität zukommt. Schliesslich nahm der Ausschuss mit Befriedigung von den Beschlüssen des Ständerates bezüglich der Schaffung eines Waffenplatzes in Rothenthurm Kenntnis. Die vom Ständerat beschlossene Lösung wird als gangbarer Weg für einen tauglichen Kompromiss in dieser heiklen Waffenplatzfrage gewürdigt.

Unterstützung und Kritik

FDP-Studiengruppe zu den Medienentscheiden des Bundesrates

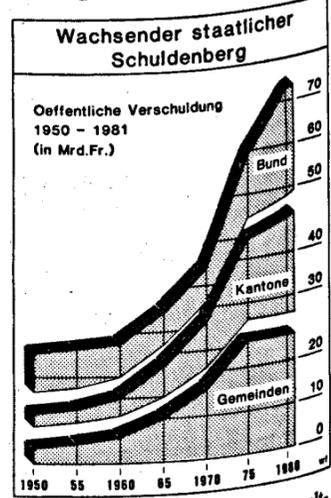
Unterstützung, aber auch Kritik findet der Charakter eines Kompromisses tragende DRS 3/Lokalradio-Entscheid des Bundesrates bei der Studiengruppe Medienpolitik der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP). Das von Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon ZH) präsidierte Gremium nahm mit Genugung davon Kenntnis, dass sich die Landesregierung von den gesteuerten Indiskretionen bei ihrem Beschluss weder verunsichern noch steuern liess. Fragezeichen setzt es zu dem mit der Bewilligung eines dritten Radioprogramms für die Region DRS erfolgten Ausbau des SRG-Monopols.

Begrüsst wird von der Studiengruppe, dass der Bundesrat bei seinem Lokalradio-Entscheid eine ausgewogene regionale Verteilung anstrebte, die eine breite Versorgung gewährleistet, zugleich aber auch verschiedene strukturierte, unterschiedlich finanzierte sowie divergierende Programmkonzepte in die gemäss Rundfunkverordnung vorgesehene Versuchsphase einbezog. Zustimmung findet auch, dass im Interesse einer lebendigen Lokal- und Regionalpresse darauf verzichtet wurde, bestehende publizistische Vormachtstellungen auszubauen, wie auch werbemässige Pools verhindert wurden.

Es liegt nun an den Bewilligungsinhabern, den Beweis zu erbringen, dass sie sowohl die in der Rundfunkverordnung gestellten Aufgaben wie die in den von ihnen eingereichten Gesuchen angelegten programmatischen Leistungen erfüllen. Im übrigen erwartet das medienpolitische Fachgremium der FDP der Schweiz, dass der Konzessionsgeber auf die Einhaltung der Programmbedingungen achtet. Änderungen in der Trägerschaft oder Organisation während der Bewilligungsphase müssen eine Neuüberprüfung der Versuchserlaubnis zur Folge haben.

Bedenken äussert die FDP-Studiengruppe gegenüber der von der Landesregierung bewilligten Realisierung eines dritten Radioprogramms in der deutschen und rätoromanischen Schweiz. Dieser

Bund bald grösster Schuldner



Die hohe Staatsverschuldung ist weltweit zum Problem geworden. In der Schweiz hat die Gesamtschuld von Bund, Kantonen und Gemeinden zwischen 1950 und 1981 kontinuierlich zugenommen von 15,3 Mia. Fr. auf 73,7 Mia. Fr. Das sind fast 11 500 Fr. pro Einwohner. Besonders hoch ist das Verschuldungstempo seit 1970. Am meisten dazu beigetragen hat der Bund, dessen Schuld im Zeitraum 1970—1981 von 7,5 Mia. Fr. auf 24,7 Mia. Fr. emporgeschossen ist. Währenddessen hat sich die Kantonsverschuldung auf 23 Mia. Fr. verdoppelt; dagegen haben die Gemeinden ihre Schuld seit 1975 bei 26 Mia. Fr. stabilisieren können. Die öffentliche Verschuldung verteilt sich nun zu gut einem Drittel auf den Bund, zu 31% auf die Kantone und zu 35% auf die Gemeinden; 1970 hatte das Verhältnis noch 24% : 31% : 44% gelautet. Die relativ mässige Neuverschuldung im Jahre 1981 ist auf die aussergewöhnlich günstigen Rechnungsabschlüsse auf allen drei Ebenen zurückzuführen und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass mittelfristig wieder Defizite in Milliardenhöhe drohen — vorab beim Bund, der damit in Bälde die grösste Schuldenlast zu tragen hätte. 1981 kostete die Schuldverzinsung Bund, Kantone und Gemeinden rund 3,1 Mia. Fr., was 6,2% der Gesamtausgaben entsprach.

Entscheid fiel offensichtlich aus opportunistischen Erwägungen. Er berücksichtigt dabei aber weder die negativen Erfahrungen mit dem bereits ausgestrahlten dritten Programm in der Westschweiz, das nach einer Anfangsphase massive Hörerverluste registrieren muss, noch die weiterhin angespannte finanzielle Situation der SRG. Die FDP-Studiengruppe erwartet, dass spätestens nach Ablauf der dreijährigen Versuchsphase eine programmatische wie finanzielle Bilanz über das dritte Deutschschweizer Programm der SRG gezogen wird. Ebenso darf diese von der SRG nicht visierte zusätzliche Dienstleistungsgelder erneut erhöht werden oder gar ein Antrag auf Werbefinanzierung gestellt wird.

Kantonsdefizite steigen wieder

Seit 1963 schliessen die Kantone insgesamt regelmässig mit Defiziten ab, und zwar fast ausschliesslich in dreistelliger Millionenhöhe. Allerdings verbesserte sich die Situation in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, und 1979 konnte mit einem relativ geringen Ausgabenüberschuss von 79 Mio. Fr. aufwarten. Bereits 1980 jedoch erhöhte sich der Fehlbetrag wieder auf 163 Mio. Fr., und gemäss soeben publizierten Zahlen schlossen die Kantone das vergangene Jahr mit einem Defizit von 342 Mio. Fr. ab (die steigende Tendenz bleibt auch dann erhalten, wenn man die Aenderung der Verbuchungspraxis in Bezug auf die Dotationskapitalien der Kantonsbanken berücksichtigt). Im Vergleich zum Budget für 1981 (Defizit von 900 Mio. Fr.) fällt auf, dass sich die tatsächlichen Ausgaben einigermassen im Rahmen des Voranschlags gehalten haben, die Einnahmen jedoch drastisch unterschätzt worden sind.

Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.
 Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: H. R. Leuenberger, Fürsprecher, und Chr. Beusch. Für die Kantonalen Seiten die jeweilige Kantonalpar-
 Inseraten-Verwaltung: OFA Orelli Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.
 Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.
 Einzelnummer Fr. 2.—, Jahresabonnement Fr. 20.—.

Die Besteuerung güter- und erbrechtlicher Ansprüche unter Ehegatten

Ein revisionsbedürftiger Tatbestand

Die Steuergesetze aller schweizerischen Kantone und auch das Bundessteuerrecht basieren auf dem System der Familienbesteuerung. FDP-Kantonsrätin Vreni Spoerry-Toneatti (Horgen) weist in diesem Beitrag auf Ungereimtheiten und Widersprüche hin:

Die Ehe wird nicht nur als rechtliche und sittliche, sondern auch als wirtschaftliche Einheit betrachtet. Deshalb werden Einkommen und Vermögen der beiden Gatten unabhängig vom Güterstand zusammengezählt und dann als ein Ehegatte versteuert. Wenn ein Ehegatte stirbt, wird in mehr als der Hälfte der schweizerischen Kantone die fiskalische Einheit der Ehe verlassen, und der überlebende Ehegatte muss — gleich wie die übrigen Erben, wenn auch allenfalls zu einem tieferen Satz — für die Teil auch aus der güterrechtlichen Auseinandersetzung auf ihn übergehenden Vermögensteile Erbschaftssteuer bezahlen. Das widerspricht dem System der Familienbesteuerung.

Unterschiedliche Regelungen in den einzelnen Kantonen

Eine Minderheit der Kantone wendet das System der Familienbesteuerung konsequent an. Alle Ansprüche des überlebenden Ehegatten aus der durch den Tod eines Partners bedingten vermögensrechtlichen Auseinandersetzung bleiben steuerfrei. Dabei ist es unerheblich, ob man sich sowohl bei der güterrechtlichen wie auch bei der erbrechtlichen Teilung an die gesetzlich vorgesehene Quoten hält oder ob man den Partner vertraglich darüber hinausgehend begünstigt.

Eine Reihe von Kantonen beschränkt die Steuerfreiheit bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung auf die zivilrechtlich verpartnerte Quote. Der dem Ehepartner auf Grund eines Ehevertrages darüber hinaus zugewiesene Anteil am ehelichen Voranschlag wird der Erbschaftssteuer unterstellt. Ebenso sind alle erbrechtlichen Ansprüche des überlebenden Ehegatten steuerpflichtig, unabhängig davon, ob nur die gesetzlich vorgeschriebene Quote vermacht ist oder ob testamentarisch weitere Begünstigungen vorgesehen sind.

Ein paar Kantone kennen Zwischenlösungen, sei es, dass zwar bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung die über die gesetzlich festgesetzte Quote hinausgehende Zuwendung am Voranschlag der Erbschaftssteuer unterstellt wird, hingegen die erbrechtlichen Ansprüche steuerfrei bleiben, sei es, dass sowohl bei der Voranschlagszuteilung wie auch bei den erbrechtlichen Ansprüchen die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanteile steuerfrei sind, weiter-

Aber auch die Besteuerung des erbrechtlichen Anspruches des überlebenden Ehegatten und damit seines Anteils auch am eingebrachten Gut des Partners widerspricht dem System der Familienbesteuerung. Wenn beide Partner über eingebrachtes Gut verfügen, so wird dieses ohne weiteres vom Moment der Eheschliessung an zusammengezählt und als gemeinsames Eigentum beim Ehemann entsprechend progressiv besteuert.

Ungerecht ist es auch, dass der erbrechtliche Anteil des Ehemannes am Sondergut der Frau, welches nicht zum ehelichen Voranschlag gezählt wird, sondern ehedem Nachlassvermögen darstellt, der Erbschaftssteuer unterstellt wird. Der Arbeitsverdienst der Ehefrau wird nach heute geltendem Güterrecht ihr Sondergut. Unter dem System der Familienbesteuerung wird aber dieser Arbeitsverdienst für die Steuerveranlagung dem Einkommen des Ehemannes zugerechnet, womit das Ehepaar in eine höhere Progressionsstufe hineinrutscht und dadurch mehr Steuern abliefern. Lässt es sich da rechtfertigen, dass der Ehemann auf seinem erbrechtlichen Anspruch am Sondergut der Ehefrau Erbschaftssteuer bezahlt?

Folgerichtige Korrektur

Obwohl die Familienbesteuerung in einigen Kantonen in letzter Zeit stark unter Beschuss kam, ist kaum anzunehmen, dass die getrennte Veranlagung der Ehepaare zur Regel wird. Das geplante Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden will jedenfalls daran festhalten, wofür sich auch gute Gründe anführen lassen. Die Kantone täten aber gut daran, das System dann wenigstens konsequent anzuwenden. Die Befreiung der Ehegatten von Erbschaftssteuer auf güter- und erbrechtlichen Ansprüchen ist eine politische Forderung, die sich auf dem Hintergrund der Familienbesteuerung sehr gut vertreten lässt und deren Verwirklichung auch Ehepaaren mit kleineren Ersparnissen willkommen sein dürfte.



gehende Zuwendungen jedoch der Erbschaftssteuer unterstehen.

Ungerechtigkeiten

Alle Varianten, bei denen der überlebende Ehegatte Erbschaftssteuer bezahlen muss, widersprechen dem System der Familienbesteuerung. Der eheliche Voranschlag, also alles, was das Ehepaar miteinander erarbeitet und erspart hat, wird im ganzen Land während der Dauer der Ehe auf Grund der gemeinsamen Veranlagung der Ehepaare als Gesamtheit besteuert, und zwar sowohl bezüglich Einkommen wie auch bezüglich Vermögen. Kaum muss dann aber dieser eheliche Voranschlag mit Blick auf die andern Erben auf die Ehegatten verteilt werden, vergisst der Fiskus vielerorts die sonst so hartnäckig verteidigte wirtschaftliche Einheit der Ehe.

FDP legt Mitbeteiligungskonzept vor

Synthese von Kapital und Arbeit

Die verstärkte Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an mittleren und grösseren Unternehmen fordert die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP). Dies geht aus einem von der Partei erarbeiteten Konzept zur Mitbeteiligung hervor. Der Erwerb von Aktien oder Genossenschaftsanteilen, die sowohl Vermögens- als auch Mitwirkungsrechte verkörpern — das Risiko und die Haftung jedoch beschränken —, wird von der FDP als tauglichste Form der Mitbeteiligung empfohlen. Den Mitarbeitern soll, entsprechend ihrem Aktienbesitz, die Wahl wenigstens eines Mitarbeiter-Aktionärs in den Verwaltungsrat ermöglicht werden.

Das Mitbeteiligungskonzept der FDP der Schweiz wurde von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Nationalrat Dr. Paul Wyss (Basel) und Walter Loder, Unternehmensberater (Bern), vorbereitet und von der Geschäftsleitung der Partei gutgeheissen. Es steht in Verbindung zu dem von der FDP vorgeschlagenen Mitbestimmungskonzept und wurde in der Vierteljahresschrift der FDP, der «Politischen Rundschau», publiziert (Heft 1/83).

Bei Aktienrechtsreform berücksichtigen

Aus verschiedenen bestehenden sowie aus theoretischen Modellen hat die freisinnige Arbeitsgruppe

ein liberales und praktikables Konzept erarbeitet. Darin wird zudem gefordert, dass im Rahmen der hängigen Aktienrechtsreform den Gesellschaften die Einführung von Mitbeteiligungssystemen erleichtert wird. So ist zum Beispiel einer Aktiengesellschaft im Rahmen der Mitbeteiligung die Möglichkeit zum Erwerb eigener Aktien im Hinblick auf die Abgabe an Mitarbeiter sowie zum Rückkauf von Mitarbeiteraktien bei Austritt eines Mitarbeiters zu ermöglichen. Die vergünstigte Abgabe bzw. der vergünstigte Erwerb und Besitz von Mitbeteiligungspapieren ist ein weiteres Anliegen des FDP-Mitbeteiligungskonzeptes und ist im Sinne des Verfassungsartikels über die Förderung der dritten Säule steuerlich zu privilegieren.

Die Konzeptpräsentation wird umrahmt von grundsätzlichen Betrachtungen zur «Mitbeteiligung als Element der Eigentumspolitik» (Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon), zur «Mitbeteiligung aus der Sicht der Arbeitnehmer» (Alfred Hubschmid, Generalsekretär des Schweizerischen Kaufmännischen Verbands, Zürich) und zu den «Mitbeteiligungsformen in der Schweiz» (Dr. Reto A. Lyk, Zürich).

Weiter gehende Vorschläge zur Debatte gestellt

Eine andere Gruppe innerhalb der FDP mit Rechtsanwalt Dr. Alexander Wili (Luzern) an der Spitze möchte jedoch weiter gehen als das von den freisinnigen Parteigremien unterstützte Konzept. Danach hätten die Mitarbeiter von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit 50 und mehr Mitarbeitern Anspruch auf eine Kapitalbeteiligung bis zu 50 Prozent des Grundkapitals sowie auf eine proportionale Vertretung in der Verwaltung, mindestens aber auf einen Sitz. Dieses Modell stellt die FDP als Gedankenanstoss zur Debatte.

Gegen überholte Begriffe

Nach Ansicht von Nationalrat Wyss handelt es sich auf Grund der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung bei beiden Anliegen — der betrieblichen Mitbestimmung und der Eigentumsförderung und Mitbeteiligung — um die Realisierung einer sinnvollen Synthese zwischen Arbeit und Kapital: «Die vielfach immer noch als Gegensätze verwendeten Begriffe — hier Arbeit, hier Kapital — sind unzutreffend und überholt. Im Rahmen des FDP-Mitbestimmungskonzeptes — mit dem Schwerpunkt betriebliche Mitbestimmung (Rahmengesetz) — geht es bei der Förderung der Mitbeteiligung um eine gesellschaftspolitisch wertvolle Ergänzung der erwähnten Synthese von Arbeit und Kapital.»



Aufmerksame Zuhörer für Bundesrat Friedrich (v. l. n. r.): die Nationalräte Jelmini (csp., TI), Rätz (svp., BE), Couchepin (fdp., VS) sowie Petitpierre (fdp., GE). Der Vorsteher des EJPD konnte am 4. Juli seinen 60. Geburtstag feiern.



Vorher einmal herzlichen Dank jenen «Freisinn»-Lesern, die sich an unserer Umfrage beteiligt haben. Wir sind von der Zahl der eingegangenen Coupons überrascht worden. Danken möchten wir vor allem aber auch jenen, die ihre Antworten mit persönlichen Anmerkungen ergänzten. Wir sind gegenwärtig an der Arbeit — nach einer bereits erfolgten Grobauswertung —, eine Detailanalyse vorzunehmen. Dabei sind wir uns allerdings bewusst, dass es sich nicht um eine repräsentative Umfrage gehandelt hat. Aber dennoch kann unser Test als Stimmungsbarometer gewertet werden.

Wie auch aus verschiedenen repräsentativen Umfragen hervorgegangen ist, beschäftigen gegenwärtig zwei Themenbereiche Frau und Herr Schweiz: Die Ungewissheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung sowie die Umweltschutzproblematik. Letzterem Thema war auch eine stark besuchte, engagiert geführte Arbeitstagung der FDP der Schweiz gewidmet. Wir berichten darüber auf Seite 10.

Frauen und Freisinn — ein Thema, das in den letzten Wochen viel zu schreiben gegeben hat. «Der Freisinn» sammelte dazu Meinungen freisinniger Frauen. Sie finden die Antworten auf den Seiten 6 und 7. Uns würde Ihre Stellungnahme zu den Äusserungen der FDP-Frauen interessieren. Schreiben Sie uns bitte.

Ueber den traditionellen Ausflug der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung finden Sie einen Bildbericht auf Seite 11.

Folgerungen aus den Debatten in beiden eidgenössischen Räten zu den Haushaltsperspektiven zieht Ständerat Prof. Hans Letsch. Den kritischen Beitrag des freisinnigen Aargauers finden Sie auf Seite 1.

Vor vier Jahren war die Wahlkündigung der FDP der Schweiz in Brunnen ein voller Erfolg. Hunderte von Freisinnigen aus allen Landesteilen fanden den Weg in die Zentralschweiz. Die nationale Wahlkündigung für die diesjährigen eidgenössischen Wahlen findet am 10. September in Burgdorf statt. Alle Freisinnigen sind dazu herzlich eingeladen. Programm und Anmeldetalon auf Seite 5. Wir hoffen, dass wir auch auf Sie mit Ihren Angehörigen (auch Kinder, für die Spezialaktionen vorgesehen sind) zählen können.

Hans Rudolf Leuenberger

Hans Rudolf Leuenberger

SBG Ihre Bank mit Rat und Tat.

Höherer Ertrag mit sicheren Wertpapieren!

Der Rat:

Wenn Sie auf längere Sicht sparen, dann ist es wichtig, einen Teil der Ersparnisse in absolut sicheren und höher verzinslichen Wertpapieren anzulegen.

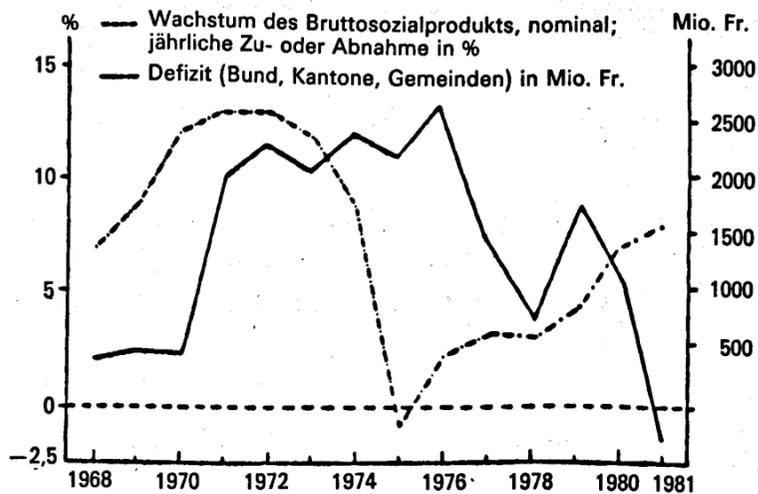
Die Tat:

Sparen Sie mit Kassenobligationen der Bankgesellschaft. Unser Kassier erklärt Ihnen gerne die Vorteile und berät Sie, wieviel Ihrer Ersparnisse Sie am besten in Kassenobligationen anlegen.



planen bauen pflegen
GRÜN statt Grau durch
boesch
Gartenbau
01 53 01 80

Fortsetzung von Seite 1



gression!) verfügt. Für die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe oder einer Autobahnvignette fehlen die Voraussetzungen mindestens so lange, als nicht erwiesen und akzeptiert ist, dass die Strassenrechnung bzw. die Kategorienrechnung eine Unterdeckung aufweist. Das Projekt einer Umgestaltung der Warenumsatzsteuer (Ausschaltung der *taxe occulte* mit Kompensation durch Einschränkung der Freiliste) verdient Unterstützung.

2. Unsere Anstrengungen haben sich auf noch verstärkte Ausgaben-Disziplin und eine wirkungsvolle Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu konzentrieren. Das Anschlussprogramm zum linearen, zeitlich begrenzten Subventionsabbau allein genügt nicht. Zusätzlich sind Gesetzesänderungen in die Wege zu leiten, die insbesondere allzu starre Index-Automatismen lockern (für Löhne, Renten, Subventionen) und den gezielteren Einsatz der verfügbaren Mittel ermöglichen. Ausserdem liesse sich die gegenwärtige Stellenplafonierung in der Bundesverwaltung durch einen teilweisen Personalstopp ablösen, vor allem auch mit Rücksicht auf kleiner werdende Belastungen von Bundesämtern im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen. Für diese staatspolitisch wichtige Aufgabe bestehen heute finanzwirtschaftlich beste Voraussetzungen. Besondere Verhältnisse kann über den Finanzausgleich Rechnung getragen werden. Man sollte deshalb diesbezüglich nicht allzu zimperlich sein und aus Angst vor dem Souverän sich nicht scheuen, Aufgaben an die Kantone zurückzugeben, selbst wenn sie dann dort weniger «grosszügig», dafür massgeschneiderter wahrgenommen werden als nach dem heutigen «Diktat aus Bern».

3. Der Bund soll das seit einigen Jahren in vielen Kantonen und Städten angewandte Rechnungsmodell übernehmen. Dieses unterscheidet klar zwischen dem laufenden (Konsum-)Haushalt einerseits und dem Investitionshaushalt andererseits. Es basiert auf der volkswirtschaftlich richtigen These, dass Investitionen nicht zwingend und nicht voll aus laufenden Einnahmen finanziert werden müssen, sondern dass sich hierfür eine teilweise Fremdfinanzierung rechtfertigen kann. Voraussetzung ist natürlich eine konsequente Abschreibungspolitik. Die Übernahme dieses Rechnungsmodells durch den Bund würde klarer als bisher zeigen, ob man sich bereits für laufende Ausgaben (unter Einbezug der Abschreibung) verschuldet, ein wie hoher Teil der Ausgaben mit Investitionscharakter durch Steuern bzw. Schulden finanziert wird und ob wir näher an den Grenzen der Besteuerung oder an den Grenzen der Verschuldung stehen.

Zusammenfassend gilt es, sich von der Illusion zu lösen, die sogenannte Sanierung der Bundesfinanzen sei eine zeitlich begrenzte Einmalaktion, die auf das Jahr X abgeschlossen werden könne. Sie ist und bleibt eine Daueraufgabe, ein permanentes Ringen in einer volkswirtschaftlich und gesell-

schaftlich rasch wechselnden Umwelt. Das Ziel aber ist klar: Die Finanzpolitik muss in erster Linie «das Gedeihen der Volkswirtschaft bewirken und aufrecht erhalten», weil nur dieses die Voraussetzungen für die Erfüllung der mannigfaltigen Aufgaben in allen Bereichen der staatlichen Tätigkeit schafft und unsern Sozialstaat langfristig trägt.

Dunkle Brillen

«Nichts ist so zart besaitet wie die Ohren der Tyrannen.» Wirklich nichts? Sind ihre Augen etwa weniger empfindlich? Schützen nicht ungezählte Gewaltmenschen in Lateinamerika sich mit dunklen Brillen? Tragen heute nicht auch Pinochet in Chile und Jaruzelski in Polen solche Scherben? Behalten sie sie nicht auch im Innern ihrer Paläste und abends auf der Nase, obwohl das Licht dann ohnehin gedämpft ist?

Ihre Unsitte mag herrühren, meint der Genfer Journalist Antoine Maurice, von ihrem militärischen Vorleben. Denn im Armeedienst darf nur der Goldbetretete dunkle Gläser tragen. So wäre die Brille ein Statussymbol, eine Zunftmarke für Rechtsbrecher und Gewalttätige? Auf jeden Fall ist es unhöflich, bei einer Begegnung oder im Gespräch die Augen auf diese Art zu verbergen. Daher

deutet bei Tyrannen der Brauch auf Menschenverachtung hin, auf einen Anspruch, besser zu sein als die «Masse». Vielleicht erleichtert er es den Gewaltbesessenen auch, die Umwelt genau so zu sehen, wie es ihnen behagt — düster oder rosig, voll Gefahr oder Verheissung.

Dunkle Gläser kommen auch einer Maske gleich. Sie wecken bei den einen Unbehagen, wenn nicht Furcht. Andere können sie in einem Masse faszinieren, wie ein nacktes Antlitz es niemals vermöchte, und wäre es noch so brutal. Mit einer Maske wird der Tyrann auch zur namenlosen Chiffre und kann weit leichter den Anschein erwecken, als haben er diesen Rechtsbruch oder jenes Blutbad als Werkzeug der Vorsehung oder wenigstens im Namen des Volkes verursacht. Dieser Effekt ist für den Bestand einer Diktatur besonders wichtig. Denn jeder Staatsstreich hinterlässt Opfer, Feinde, Rächer; jeder Revolu-

tionär «von oben» wittert überall Gefahr, Terror und Verrat, solange er an der Macht bleibt. Von dieser Regel macht auch die UdSSR keine Ausnahme; nur tarnt der eigentliche Machthaber sich dort nicht mit Brillen, sondern mit einer allgegenwärtigen Geheimpolizei und einem Regierungskollektiv von Greisen.

Wenn unsere freiheitliche Demokratie lebendig bleiben soll, darf sie in ihrer Mitte keine «Brillenschlangen» dulden, keine Tarnung der Entscheidungszentren, keine Geheimkrämerei um wichtige allgemeine Fragen. Bürger und Magistraten, Volk und Politiker sollten einander in die Augen sehen können. Oft stellt sich bei dieser offenen Begegnung ein leichtes Augenzwinkern ein, welches den Beschwerden etwas von ihrer Unbedingtheit nimmt, den Konflikten einiges von ihrer Schärfe.

Sprüngli

AM PARADEPLATZ

Was wäre ein Sommer ohne Sprüngli-Glacen?

FARNER 83.6

Hauptbahnhof Zürich · Shop-Ville · Stadelhoferplatz · Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt · Airport-Shopping Kloten

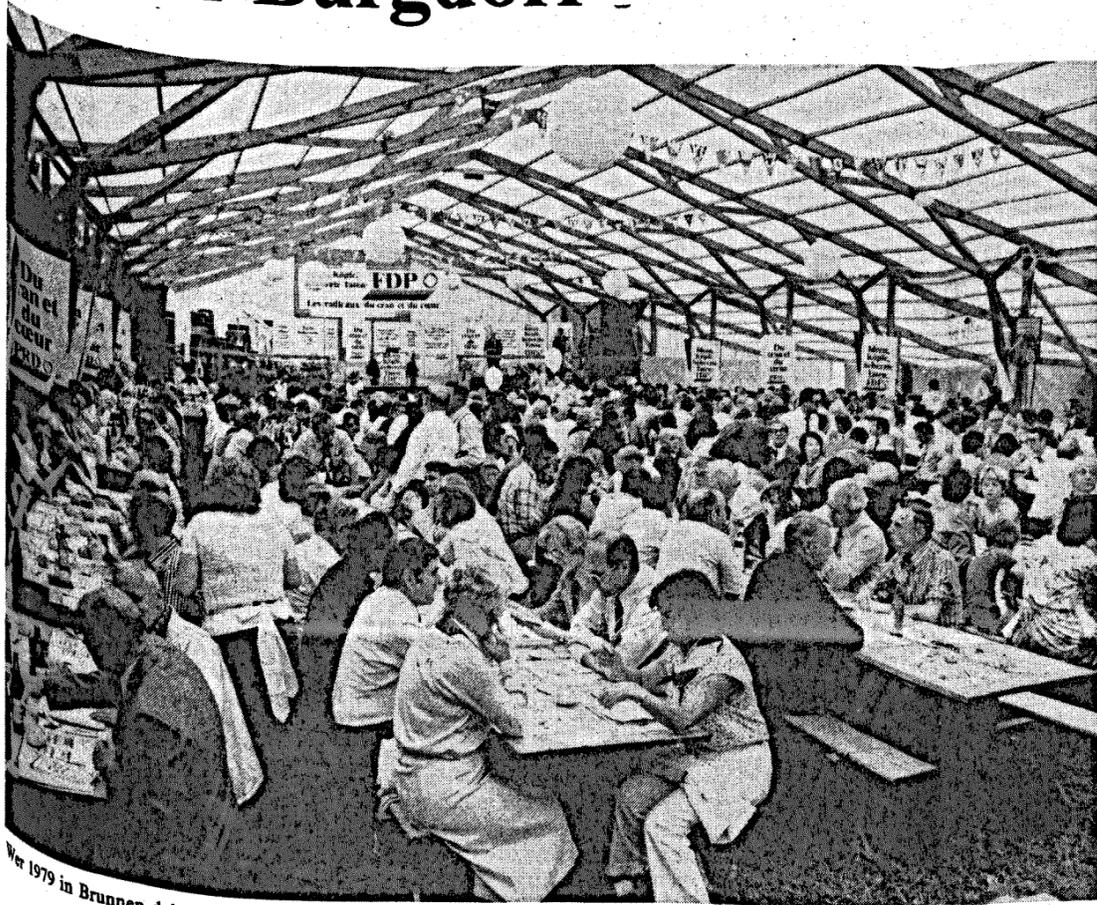
Aufruf

zur Teilnahme an der

Wahlkundgebung

der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz

am 10. September in Burgdorf



Wer 1979 in Brunnen dabei war (unser Bild), wird 1983 auch in Burgdorf dabei sein!

Programm

- ab 09.40 Uhr *Ankunft der fahrplanmässigen sowie Extrazüge aus allen Richtungen in Burgdorf*
- 10.00 Uhr *Umzug durch Burgdorf zur Markthalle*
- 10.45 Uhr *Politische Manifestation*
 — Begrüssung durch Parteipräsident Yann Richter
 — Kurzreferate zu den Schwerpunkten freisinniger Politik
 — Ansprache von Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich
- 12.30 Uhr *Mittagessen*
- ab 14.00 Uhr *Unterhaltungsprogramm für Gross und Klein*
 Max Rüeger präsentiert
 — die Big Band der Stadtmusik Zürich
 — die First Harmonic Brass Band
 — The Veteranians
 — das Orchester Beny Rehmann
 Tanz
 Freier Ausklang
 Günstige Rückfahrtmöglichkeiten stündlich dank Taktfahrplan in alle Richtungen

In der FDP-Festkarte für *nur 25 Franken (Kinder 12 Franken)* ist nicht nur eine reichhaltige Berner Platte zum Zmittag inbegriffen, sondern auch zahlreiche Ueberraschungen sowie Unterhaltung für Jung und Alt.

Anmeldetalon

Ja, wir kommen auch zur grossen FDP-Wahlkundgebung am 10. September nach Burgdorf. Wir sind Erwachsene und Kinder.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Einfach gut.

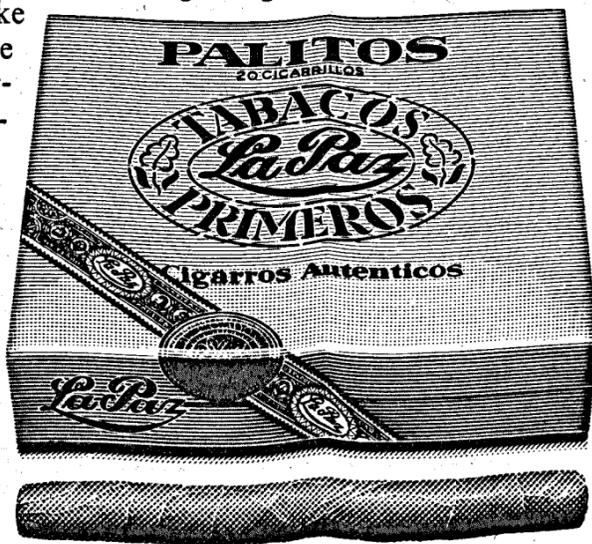
Cigarillos, die aufrichtig ihr natürliches Äusseres zeigen, gibt's von La Paz. Aus naturreinen Qualitätstabaken mit dem Charakter der typischen Mélange der La Paz-Cigarren. Mild und aromatisch vom ersten bis zum letzten Zug. Lebendige Naturprodukte eben. So, wie das Siegel zeigt.

Es ist eine Kunst, gute Tabake zu erkennen und daraus gehaltvolle Cigarillos zu machen. Es ist ein Vergnügen, solche Cigarillos zu geniessen. Es ist schön, dass es Cigarillos von La Paz gibt.

Cigarillos Palitos für jede Tageszeit und für alle, die das Einfache und Ehrliche mögen.



Cigarros Autenticos.



20 Stück Fr. 5.—

Importeur: Säuberli AG, 4002 Basel

Haben die Freisinnigen den Frauen die Liebe gekündigt?

Frauen, Freisinn, «Fälle»

Haben die Freisinnigen die Frauen nicht mehr gerne? Diese Frage beschäftigte in den letzten Wochen und Monaten nicht nur lustvoll einen Teil der Medien, der dem ungeliebten Freisinn liebend gerne interne Spannungen «anhängte», sondern auch Freisinnige, die sich um eine ernsthafte Auseinandersetzung bemühten. Einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung abseits von Klischees möchte auch «Der Freisinn» mit dieser Umfrage leisten:

Mehrere freisinnige, in der aktiven Politik engagierte Frauen aus verschiedenen Landesteilen wurden vom «Freisinn» gebeten, in wenigen Zeilen zu erläutern, weshalb sie Mitglied der FDP sind und ob die Freisinnigen die Frauen tatsächlich immer noch gerne haben. Alle angefragten

Frauen haben geantwortet; ausser Frau Leni Robert (Bern), die ihren Austritt aus der Partei bekanntgegeben hat. Das Spektrum der Antworten ist — wen überrascht das beim Freisinn als liberaler Partei? — breit. Nachstehend die Stellungnahmen; die Titel stammen von der Redaktion.

Regula Frei-Stolba (Aarau): Gegenseitiger Anpassungsprozess

Weshalb sind Sie als Frau Mitglied der FDP? Mein oberstes Anliegen war schon immer die Sicherung der Freiheit und die Selbstverantwortung des Menschen in Staat und Gesellschaft, unabhängig von seinem Geschlecht und seiner Herkunft. Die FDP, eine Partei, die weder eine bestimmte Bevölkerungsgruppe noch eine bestimmte Konfession repräsentiert, vertritt dieses Grundanliegen am besten. Deshalb bin ich bereits in der Studienzeit der Liberalen Studentenschaft, später der Freisinnigen Frauengruppe und der FDP beigetreten.

Haben die Freisinnigen die Frauen tatsächlich immer noch gern? Ja, man muss jedoch differenzieren. Persönlich habe ich von meinen Kollegen nie eine Diskriminierung erfahren. Unsere Diskussionen sind sehr sachlich. Meinungsverschiedenheiten gehen quer durch die Gruppen ohne Bindung an das Geschlecht. Hingegen sehe ich auch die Schwierigkeiten, die sich aber nicht auf die FDP beschränken. Sie stammen einmal aus einer anderen In-



teressenlage, indem die Frauen jetzt vermehrt die Berücksichtigung bisher vernachlässigter Gebiete in der Politik fordern. Sie sind zudem oft auch in einem anderen Erfahrungsfeld begründet, da Frauen durch ihre häusliche und berufliche Tätigkeit weniger Teamarbeit in gemischten Gruppen erfahren und Männer diese bisher vorwiegend mit ihresgleichen gepflegt haben. Fraktionen sind deshalb nicht erstaunlich. Hier braucht es einen gegenseitigen Anpassungsprozess.

Brigitte Bolli (Bern): Frauen nicht «verhättseln»



«Die Freisinnigen haben die Frauen gern» finde ich äusserst ungeschickt. Er klingt zu sehr nach einer «Verhättselung» der Frau durch einen von Männern beherrschten Freisinn. Wären die Männer etwa glücklich, wenn es heissen würde «Die Freisinnigen haben die Männer gern»?

Einen Konflikt zwischen der FDP und den Frauen sehe ich aber dennoch nicht. Das Problem liegt für mich viel mehr darin, dass sich Frauen engagierter für Minderheiten und brennende Fragen einsetzen. Dieser Umstand darf aber nicht dazu führen, dass nur noch personelle und nicht mehr sachbezogene Diskussionen geführt werden. Es soll nie eine Rolle spielen, ob eine Frage von einer Frau, einem Jugendlichen oder von einem Mann aufgegriffen wird.

Anita von Arx-Fischler (Luzern): Männern bleibe dasselbe nicht erspart

Nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts wurde vielen freisinnigen Frauen der Einstieg in politische Funktionen nicht besonders leicht gemacht. Es hiess und es heisst es immer noch, gegen falsche Vorstellungen, die man von politisch aktiven Frauen hat, anzukämpfen. In Medien auftretende Emanzen sowie Frauenrechtlerinnen mit negativer Haltung zur Landesverteidigung z. B. erschweren dies sichtlich.

Man würde es sich zu einfach machen, wollte man unbefriedigende Wahlergebnisse von freisinnigen Frauen oder Schwierigkeiten, ja sogar Ablehnung von Gewählten lediglich mit dem viel gehörten Satz — die Freisinnigen haben die Frauen nicht gern — abtun. Denn nicht nur freisinnige Frauen begegnen in ihrer politischen Arbeit Schwierigkeiten, sondern auch Frauen anderer Parteien, deren Kollegen einer jahrhundertalten Tradition —



Politik ist Männersache — verhaftet sind.

Parteilpolitische Konstellation, berufliche Herkunft, Alter, Wahlglück sind bei Frauen wie bei Männern für eine Wahl oder Nichtwahl entscheidend. Frauen kandidieren vielfach für ein politisches Amt, in der Hoffnung, nach der Wahl sogleich etliches verändern zu können, das ihnen im Alltag Sorge bereitet. Dabei stürzen sie sich häufig auf Einzelprobleme, politisieren punktuell ohne Blick auf das Ganze und greifen aus mangelnder Erfahrung verbissen zu Mitteln, die sie zu Aussenseiterinnen abstempeln und die im Extremfall auf Ablehnung stossen. Würden Männer dieselben Wege beschreiten, bliebe ihnen das Verdikt ihrer Parteikollegen nicht erspart.

Ungeachtet nicht geringer Schwierigkeiten und Hürden, die ich in den vergangenen zwölf Jahren zu überwinden hatte, stehe ich zur FDP. Denn sie vertritt ein Gedankengut, das meiner staatspolitischen Grundhaltung entspricht. Es zeugt von Charakterschwäche und mangelnder Zivilcourage, wenn man sich einer anderen Partei zuwendet, die Frauen sofortige politische Erfolge verspricht. Verantwortungsbewusste freisinnige Frauen überlassen politisches Engagement nicht linksextremen Frauen, denn wer resigniert, über den wird verfügt.

Ursula Brunner (Frauenfeld): Nicht nur geliebt werden



Ich habe Interesse und Lust zur politischen Arbeit, weil ich mich als Mensch und als Frau verantwortlich fühle für das, was in meiner nahen und fernen Umwelt geschieht. Es sind mehr als 20 Jahre her, dass ich in diese Verantwortung und Öffnung nach aussen hineingewachsen bin durch mein Leben als Frau, durch meine Aufgabe als Mutter, durch meine Arbeit mit vielen Frauen zusammen im kirchlichen Raum, durch mein Verständnis und meine Erfahrung dessen, was Christsein heissen könnte in dieser Welt. Es ist mein Anliegen, mich im politischen Rahmen dafür einzusetzen und diese Verantwortung zusammen mit andern leben zu können. Dass ich es in der FDP tue, hängt mit meiner Lebenssituation zusammen. Ich gehöre jener Generation von Frauen an, die 1972 von den Parteien angefragt wurden, ohne je vorher einem politischen Gremium angehört zu haben. Ich selber habe die FDP nicht gesucht, sie hat mich gefragt. Mein Ja auf diese Frage war eine nach reiflicher Ueberlegung klar gefällte Entscheidung, zu der ich heute noch stehe. Ich bin ein der bürgerlichen Schicht zugehöriger Mensch, aus diesem Lebensraum

entstammen meine Denkweisen, mein Verhalten, meine Prägungen, aber auch meine kritischen Fragen und meine Erkenntnisse zu verantwortlichem Handeln. Und eigentlich möchte ich als Frau von der FDP nicht einfach

«nur» geliebt — das ist so ein väger Begriff —, sondern als Mensch, Frau und Gesprächspartnerin wirklich ernst genommen werden, in einer Zeit, in der wir über viele Werte neu nachdenken müssen.

Regula Pfister (Zürich): Thesen zu einem vielschichtigen Thema

Dieses Thema ist sehr vielschichtig; es auf einer halben Seite abzuhandeln ist nicht möglich. Ich fasse deshalb meine Ueberlegungen thesenartig-provokativ zusammen:

1. Sogenannte Fälle hat es immer schon gegeben; früher waren es Männer, heute sind es — Gott sein Dank — Männer und Frauen.

2. Hinter jedem «Fall» stehen Ideen und Ueberzeugungen, die ausserhalb des parteiinternen Toleranzbereiches liegen oder an einem Tabu rütteln. Diese in eine fruchtbare Diskussion zu überführen wäre sinnvoller, als einen «Fall» daraus zu machen. Hiezu müssten beide «Parteien» Hand bieten.

3. Themen mit einem gesellschaftspolitischen Anstrich (z. B.



sozialpolitische oder bildungspolitische Fragen) stossen erfahrungsgemäss eher auf Widerstand als solche, die für den Einzelnen nicht unmittelbar emotionale

Freisinnige Frauenpolitik

Die eidgenössische Volksabstimmung vom 14. Juni 1981 ist zweifellos der Markstein in der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Das entsprechende politische Zeichen wurde — zumindest auf Bundesebene — mit der Erteilung des Stimm- und Wahlrechts an die Frauen am 7. Februar 1971 gesetzt.

Der Fächer tatsächlicher (d. h. auf Sitte, Moral oder Religion beruhender) Ungleichheiten der Stellung von Mann und Frau ist breit. Der entscheidende Unterschied liegt in der Tatsache, dass die Gesellschaft Frau und Mann nach wie vor in beachtlichem Masse andere Rollen zuweist.

Seit die Schweizer Frauen politisch und rechtlich den Männern gleichgestellt sind, stehen vermehrt «Frauenfragen» auf den Traktandenlisten der Parlamente aller Stufen unseres Landes. Dabei gilt es zu bedenken, dass es keine eigentlichen «Frauenfragen» gibt, sondern nur solche, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Keine dieser Fragen geht nur die Frauen allein an, denn jede Aenderung in der Stellung der Frau innerhalb der Gesellschaft bringt unweigerlich auch eine Veränderung in der Stellung des Mannes und der Familie mit sich. Die «Frauenfrage» steht nicht neben anderen Fragen, sie durchzieht alle gesellschaftlichen Probleme. Wenn trotzdem von «Frauenfragen» gesprochen wird, so sind darunter Fragen zu verstehen, die die Frauen stärker oder anders betreffen als die Männer.

Unter diesem Blickwinkel hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) versucht, zu einigen der wichtigsten hängigen Fragen Stellung zu beziehen, zu jenen Problemen, von denen sich die Frauen besonders angesprochen fühlen.

Vorbereitet wurde die Stellungnahme durch einen Ausschuss der FDP-Arbeitsgruppe «Frau und Politik», bestehend aus Dr. Regula Frei-Stolba,

Alice Moneda und Dr. Stephanie Mörkofer-Zwez. Die Arbeitsgruppe «Frau und Politik» wurde bis vor kurzem von Nationalrätin Cornelia Füg präsiert, heute steht ihr Nationalrätin Geneviève Aubry vor. Aktiv wirken darin auch Vertreterinnen der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen mit.

Die Geschäftsleitung der FDP der Schweiz hofft, bei den behandelten Fragen mit ihrer Stellungnahme den freisinnigen Weg aufzuzeigen. Wie oft in Einzelfragen sind sich die Parteien über ein anzustrebendes Ziel einig. Meinungsverschiedenheiten entstehen aber in der Diskussion über den einzuschlagenden Weg, worin die Parteiansichten stark differieren. Während die einen immer sofort nach dem Staat rufen, wollen wir Freisinnigen die Probleme mit Eigeninitiative und durch Selbstverantwortung lösen — «Frauenfragen» so gut wie alle ändern. Die gesellschaftspoliti-



sche Entwicklung hat nach unserer freisinnig-liberalen Auffassung harmonisch zu erfolgen. Sie darf nicht mit Systemveränderungen, die das liberale Wertesystem ablösen möchten, verwechselt werden. Yann Richter

Senden Sie mir ... Ex. der obenerwähnten «Politischen Rundschau» mit dem Bericht «Freisinnige Frauenpolitik». Den Betrag von fünf Franken je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem der Sendung beiliegenden Einzahlungsschein überweisen.

Name

Strasse

PLZ/Ort

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Auswirkungen haben (z. B. Finanzpolitik). Frauen engagieren sich eher im ersten Bereich, ecken deshalb auch häufiger an.
4. Eine Frau muss — in stärkerem Mass als ein Mann — zuerst beweisen, dass sie etwas kann. Hat sie den Beweis erbracht und bewegt sie sich innerhalb der

Marianne von Burg (Klus, SO): Aufeinander eingehen



Für mich ist das liberale Gedankengut mehr als nur der Inhalt eines Parteiprogramms. Es spricht einer bestimmten Geisteshaltung und primären Lebenseinstellung. Deshalb fühle ich mich wohl in der FDP des Kantons Solothurn, in einer Partei, in der alle

Bandbreite der Partei, sind ihre Chancen eher besser als jene des Mannes.

5. Speziell bei Wahlen zeigt es sich, dass Frauen mit akademischem Titel oder beruflichem Leistungsausweis gegenüber den «Nur-Hausfrauen» im Vorteil sind.

Volksschichten vertreten sind und in der die Mitarbeit der Frauen geschätzt wird.

Wie in jeder grossen Familie gibt es auch in der Partei Problemkinder, um die wir uns besonders sorgen, die uns aber auch dazu zwingen, unsere Prinzipien und Vorstellungen von Zeit zu Zeit einer Revision zu unterziehen. Sollten wir Ihnen dafür nicht sogar ein wenig dankbar sein? Andererseits können wir auch von diesen Problemkindern verlangen, dass sie zu lernen versuchen, sich in eine Gemeinschaft mit ihren ganz bestimmten Regeln einzufügen. Es geht dabei um einen beidseitigen Reifeprozess, der für alle Beteiligten nur vorteilhaft sein kann. Und wie immer beim Gernhaben — und das vergessen wir leider allzu leicht — müssen beide Parteien aufeinander eingehen lernen.

hen einer Gemeinde vor. Der Umgang mit Gesetzestexten und der Verwaltung ist ihr tägliches Brot und der Informationsvorsprung dank ihren beruflichen Beziehungen gross. Nicht vergessen darf man auch die wirksame Unterstützung in Wahlzeiten.

Dieser Tatsache zum Trotz fühle ich mich in diesem vorwiegend männlichen Gremium wohl, was mich aber nicht hindern kann, auf Missstände aufmerk-

sam zu machen. Bei uns fehlt z. B. eine Frauenvertretung in der Finanzkommission, wobei nicht nur der Wille zur Zusammenarbeit vorhanden sein muss, sondern auch ein guter Sachverstand. Die Mitarbeit in der kantonalen Politik macht mir Freude, und ich bin überzeugt, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit in allen Lebensbereichen in der heutigen Zeit des Umbruchs dringlicher ist denn je.

Lili Nabholz-Haidegger (Zürich): Theorie und Praxis



Ich bin Mitglied der FDP, weil ich mich für deren liberale Ziele der Freiheit, Offenheit und Toleranz einsetzen möchte, weil für mich die Autonomie des Einzelnen, d. h. seine persönliche und individuelle Freiheit, einen we-

sentlichen ethischen und politischen Wert darstellt. Die Frage, ob die Freisinnigen die Frauen noch gern haben, kann meines Erachtens so nicht gestellt werden. Die Problematik, die in letzter Zeit anhand der sogenannten Fälle aufgebrochen ist, betrifft nicht nur Frauen, sondern rührt an etwas viel Grundsätzlicherem, nämlich: Wie weit ist der Freisinn nicht nur in der Theorie, sondern auch in der politischen Praxis bereit, sich mit den verschiedenen liberalen, zum Teil auch sehr kritischen Strömungen innerhalb der Partei ernsthaft auseinanderzusetzen und auch unkonventionellen Gedanken und Vorschlägen eine Chance zu geben, ohne deren Verfechter(innen) gleich zu Aussenseitern zu stempeln.

Stimmenfang à la Poch

Kantonsratswahlen 1983 in Zürich. Auch die Poch reicht eine Liste ein. Dabei wird in einem Wahlkreis in der Stadt Zürich die Poch-Vertreterin Ingrid Schmid, in der Stadt als Gemeinderätin bekannt, gewählt. Doch 15 Tage nach ihrer Wahl gibt sie ihren Verzicht bekannt. Sie nahm nicht einmal an der ersten Sitzung der neugewählten Kantonalzürcher Legislative teil. Erster Ersatzmann ist auch kein Unbekannter: Nationalrat Andreas Herzog. Aber auch er verzichtet. Damit wurde der Weg frei für den zweiten Ersatzkandidaten. — In diesem Falle wurden die Wählerinnen und Wähler von der Poch verschaukelt: Nominiert wurden eine bekannte Gemeinderätin und ein ebenso bekannter Nationalrat, um als Zugpferde auf Stimmenfang auszugehen. Die Absicht, das Amt auszuüben, für das sie kandidierten, bestand demnach gar nie. Nach Ansicht der Poch sind die Stimmberechtigten offensichtlich so dumm, dass mit ihnen solche undemokratischen, den Volkswillen missachtenden Spielchen getrieben werden können.

Janine Isler-Baumer (Arbon, TG): Von den Männern wird nicht geschrieben

Meine Antwort: Nun, mit meinem «freien Sinn» hätte ich in keiner andern Partei Platz! Freier Sinn ist aber nicht gleichbedeutend mit Wildwuchs. Auch eine freisinnige Partei, und sei sie noch so liberal, muss Grundsätze haben und eine dazu passende Marschrichtung. Parteienfarben lassen sich nicht beliebig

und wegen des Gernhabens? Ach, wer hat denn schon die Frauen nicht gern?? — Aber am allerliebsten haben uns die Medien! Vor allem die Presse lauert geradezu auf den Moment, in dem eine Frau — natürlich bei den Freisinnigen — den politischen Rubikon überschreitet, und schon geht der Rummel los. Die Medien machen es uns auf diese Weise nicht leicht, weitere Frauen



für die Politik zu gewinnen. Ganz nebenbei: Es gibt auch Männer, die etwas «neben dem Geleise stehen», aber von diesen spricht man kaum. Uns Frauen hat man eben viel, viel lieber!

Liberal-Sein und Toleranz

«Wir Freisinnigen sind in viel stärkerer Weise als andere Parteien ein Zusammenschluss von Individuen. Deshalb fällt es auch schwerer, uns zu einer homogenen Partei zu vereinigen als diejenigen, die sich aus ideologischer oder konfessioneller Tradition — gleich welcher Färbung — zusammengefunden haben. Gerade dies ist ja für einen Liberalen charakteristisch, dass er an keine politische Heilsbotschaft glaubt. Für ihn gibt es kein System, das einen befriedigenden Endzustand garantiert. Er muss auch die eigene Position immer wieder in Frage stellen, um die Gesellschaft für Veränderungen offen zu behalten. Darum ist uns Liberalen ein Denken in vorgegebenen Kriterien, wie es Konservativen und Sozialisten eigen ist, fremd. Auch der Wunsch zu bewahren steht nicht an erster Stelle. Was nicht heisst, dass wir nicht bereit sind, an bewährten Traditionen und überlieferten Werten festzuhalten und diese zu verteidigen. Wir stehen aber auch nicht ein für ein blindes Akzeptieren des Bestehenden, weil die Erhaltung eines Zustandes, des Status quo, um seinerwillen wiederum auch nicht erhaltenswert ist. Für eine moderne, demokratische und freiheitliche Partei wie die FDP bildet der gesellschaftliche Wandel eine ständige Herausforderung. Als Liberale stehen wir in der Mitte zwischen den Rechten und den Linken. Und da aber beide Flügel auch in der FDP vertreten sind, ist ein permanentes Spannungsmoment in der Partei eingebaut. Im Liberal-Sein steckt ja auch immer ein Element des Widerspruchs, das zur Auseinandersetzung auffordert und reizt. Gerade diese Auseinandersetzung ist in einer liberalen Partei möglich, weil eines der wichtigsten, wenn nicht gar der bedeutsamste Anliegen des Liberalismus die Toleranz ist.»

Auszug aus der Ansprache von FDP-Parteipräsident Yann Richter am Par- teitag 1983 in Weinfelden.

Gertrud Erismann-Peyer (Küsnacht, ZH): Auch gegenüber Frauen kritisch sein



Lieben heisst, den Partner ernst zu nehmen. Und ernst nimmt man jemanden nur, wenn man ihm aufbauend kritisch gegenübersteht. Freisinnige Frauen haben in den vergangenen Jahren, vor allem seit der Einführung des Frauenstimmrechtes, Selbstbewusstsein und Profil gewonnen.

Sie wollen als selbständige Persönlichkeiten akzeptiert sein, nicht als «schützenswerte Minderheit», der man eine grosse Narrenfreiheit zubilligt. In diesem Sinne schätze ich es, wenn die FDP heute auch den Frauen gegenüber kritisch ist, Frauen nicht mehr à tout prix in öffentliche Aemter hineindrängt — nur weil sie Frauen sind —, sondern auf Qualität schaut, nicht einfach jede Aktivität von Frauen unterstützt und akzeptiert, ohne sie ganz ernst zu nehmen. Für mich ist die FDP ein guter «Partner», mit dem ich mich in den grossen Linien ausgesprochen gut verstehe, zu dem ich aber auch einmal in Opposition stehe — ohne dass wir uns deswegen gegenseitig die Liebe zu kündigen brauchen. Gelegentliche Spannungen gehören ja auch zur Liebe!

Lisa Ackermann-Hediger (St. Gallen): Im Parlament im Nachteil

Im Kanton St. Gallen besteht für mich keine Alternative zu meiner Partei, der FDP. Die liberale Grundhaltung lässt ein breites Spektrum von Meinungen zu, und die Toleranz mit Andersdenkenden ist recht gross, lässt sich liberal doch auch mit vorurteilslos übersetzen. In meiner politischen Tätigkeit als Kantonsrätin bin ich im Vergleich mit meinen männlichen Kollegen eher im Nachteil. Dies rührt von der Zusammensetzung unserer Partei her. Eine Vielzahl der FDP-Kantonsräte sind Unter-

nehmer, Geschäftsführer, Anwälte mit eigener Praxis oder ste-



Das Mass an Sicherheit bestimmen Sie!

SICHERHEIT

Wir sorgen für Massarbeit in Sicherheitsfragen.

BIGLER
Alarmsysteme
Brandmeldeanlagen
Fernsehüberwachung
Zutritt/Gleitzeit

WERNER BIGLER AG, 8887 Mels, 085 2 47 35 / 8032 Zürich, 01 251 11 58 (Filiale)

Soeben erschienen: Das Buch zum Wahljahr 1983.

DIE ROTE UTOPIE
Walter Wittmann
Ist Sozialismus noch eine Alternative?

Walter Wittmann: Die rote Utopie. Ist Sozialismus noch eine Alternative? 215 Seiten. Fr. 26.80.
Eine liberale Gewissensforschung anlässlich des 100. Todestages von Karl Marx. Der Freiburger Universitätsprofessor Walter Wittmann untersucht in dieser kompromisslosen Studie die wirtschaftliche und moralische Krise des Sozialismus, das theoretische Rüstzeug des Marxismus, den Ruf nach «noch mehr Staat» und jenen nach «weniger Staat», den wachstumsorientierten Kapitalismus am Ende des Wachstums. Eine pointiert formulierte Studie aus liberaler Sicht!

Bestellung

Ich bestelle zur Lieferung gegen Rechnung
(874) _____ Expl. Wittmann, Die rote Utopie à Fr. 26.80 (+Versandkosten)

Name, Vorname: _____

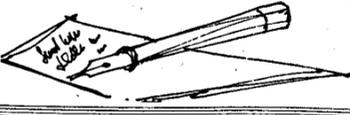
Adresse: _____

Datum: _____

Bitte einsenden an:

VERLAG **Huber** FRAUENFELD
Promenadenstrasse 16
8500 Frauenfeld
Telefon 054 737 39

Leserbriefe



Zu den FDP-Entwicklungsthesen

Befremdet, verwirrt oder frohlockend, je nach Standpunkt, las man in den freisinnigen Entwicklungsthesen, dass die Partei sich dafür einsetze, die öffentliche Entwicklungshilfe bis 1990 auf den Durchschnitt von 0,7% des Bruttosozialprodukts zu bringen. Diese Zahl, obwohl allgemein anvisiert, hatten nicht einmal die Kirchen in ihrem Memorandum genannt. Mit etwas Selbstbeziehung wird in den FDP-Thesen erwähnt, dass die öffentliche Hilfe gegenwärtig nur 0,24% betrage. In der Partei, die «mehr Selbstverantwortung und weniger Staat» zum Grundsatz hat, sollte allerdings noch darüber diskutiert werden, ob nicht eine differenziertere Darstellung der gegenwärtigen Leistungen am Platze wäre. Mindestens sollten doch die private Hilfe und die ebenfalls öffentlichen Beiträge von Kantonen und Gemeinden mitberücksichtigt werden. In einem umfassenden Vergleich mit anderen Ländern, bei Berücksichtigung von Leistungen wie Zollpräferenzen, Verzicht auf Bindung an Gegengeschäfte usw. würde die Schweiz in einem weniger ungünstigen Licht erscheinen. Was jedoch bleibt, ist die Bejahung der Entwicklungshilfe und der grundsätzliche Wille zu ihrer Erhöhung.

Probleme bei Auswahl und Realisierung

Immer eindringlicher weisen in letzter Zeit Experten darauf hin, dass das Hauptproblem in der Mittelbeschaffung weniger in der Mittelbeschaffung als in der Auswahl und Realisierung von wirksamen Projekten liegt. Es wäre schade, wenn über der Frage des «wieviel» die Diskussion um das «wie» vernachlässigt würde. Für die längst fällige Auseinandersetzung zu diesem Thema bieten die FDP-Thesen eine vorzügliche Grundlage. Zur Meinungsbildung im Staat tragen ja neben den Parteien noch viele Gruppierungen bei. Auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe verfügen z. B. die Kirchen über einen Informationsapparat erster Ordnung. Zwar zählen zu den besten Entwicklungsprojekten diejenigen, welche von kirchlichen Institutionen und Missionaren in der Dritten Welt getragen werden. Weniger begeistert aber ist die entwicklungspolitische Informationsarbeit der Kirchen im Inland. Zwar setzen sie sich für vermehrte öffentliche Entwicklungshilfe ein, aber für manche kirchliche Vertreter ist die politische Beeinflussung (sprich «Bewusstseinsbildung») so viel wichtiger, dass sie bereit sind, kontroverse politische Forderungen, z. B. nach «Strukturveränderungen», auch dann zu riskieren, wenn die Sammelergebnisse dadurch potentiell gefährdet werden.

Kirchen und Entwicklungshilfe

Die Art dieser angestrebten Strukturveränderungen wird augenfällig im Thesenpapier «Kirche und Entwicklung», das 1982 von 38 Katholiken und Protestanten publiziert worden ist. Herausgeber ist zwar nicht eine landeskirchliche Stelle, sondern die «Erklärung von Bern». Doch sitzen die meisten Unterzeichner an Schlüsselstellen kirchlicher Entwicklungsorganisationen. Deren Medien spiegeln denn auch den Geist der Schrift getreulich wider. Die Autoren kommen zum Schluss, dass Religion ein gesellschaftliches Engagement mitbedinge. Sowohl den «Mächtigen in Europa» wie den «kommunistischen» Staatsideologen wird der Vorwurf gemacht, sie wollten den Glauben auf den Privatbereich einschränken. Als Ursache für Abhängigkeit und Elend in der Welt werden zwei Systeme genannt: das «sozialisierte Kapital des totalitären Kommunismus» einerseits und die «kapitalistische „soziale Marktwirtschaft“» andererseits. «Wenn wir uns weiterhin der Logik unseres Wirtschaftssystems unterwerfen», so wird erklärt, «so akzeptieren wir, dass das

Leben von Armen und Verhungernden im Süden auf dem Altar des Wohlstands im Norden geopfert wird. Es wird deshalb aufgerufen, «dem Aberglauben an vermeintliche Sachzwänge abzuschwören und den Götzen Kapital zu entthronen».

Theorie contra Praxis

In den FDP-Thesen dagegen wird das System der sozialen Marktwirtschaft nicht nur für unser Land bejaht, sondern es wird auch empfohlen, diejenigen Länder als Empfänger von Entwicklungshilfe zu wählen, welche über dezentrale wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen und Marktformen des Wettbewerbs verfügen. Die Resultate ordnungspolitischer Experimente zeigten, so die FDP-Thesen, dass wettbewerbsorientierte Länder wirtschaftlich eindeutig besser, sozial mindestens ebenso gut wie planwirtschaftlich orientierte abschneiden. Zu demselben Schluss kommen übrigens auch Experten wie etwa Dr. Toni Hagen, der auf Grund langjähriger Erfahrung und vieler Evaluationen bestätigt, dass marktwirtschaftliche Gesellschaftsformen die einzige Möglichkeit bieten, die Probleme in der Dritten Welt zu lösen, während er feststellt, dass in Ländern, die eine sozialistische «Befreiung» durchmachten, sich sowohl die Menschenrechtssituation wie die Wirtschaftslage durchwegs verschlechtert haben.

Unbekümmert um irgendwelche Erfolgsmessung empfehlen aber die kirchlichen Entwicklungstheoretiker, sich ein Vorbild zu nehmen am Kampf engagierter Christen in Befreiungsbewegungen und am sozialen Aufbau «befreiter Länder» der Dritten Welt. Sie beschreiben das Wirtschaftsmodell, das sie anstreben, zwar unklar, aber sie haben klare Vorstellungen darüber, welche konkreten Schritte die Kirche unterstützen müsste, um den evangeliumsgemässen Weg in eine gerechtere Zukunft zu ebnet: Abbruch der Beziehungen zu Südafrika sowie zu Banken, die mit diesem Land zu tun haben, Unterstützung der Bankeninitiative, von Frie-

Schweizer Entwicklungshilfe 1982: auf zweitletzten Platz zurückgefallen

1982 hatte die öffentliche Entwicklungshilfe der Schweiz eine «unbedeutende Zunahme» — so der Bundesrat im Geschäftsbericht 1982 — von rund 450 Mio. Franken auf rund 480 Mio. Franken zu verzeichnen. Bei Tageslicht besehen fällt diese Zunahme noch bescheidener aus, als aus der bundesrätlichen Feststellung ersichtlich wird. Denn die Leistungen erfahren ab 1982 nur schon infolge von Änderungen der statistischen Grundlagen eine Erhöhung. Aber auch diese Scheinblüte vermochte ein Abrutschen der Schweiz auf den zweitletzten Platz der 17 Industrieländer nicht zu verhindern.

Die Industrieländer sind einerseits mit der ausserpolitischen Forderung nach mehr Entwicklungshilfe konfrontiert. Andererseits kämpfen sie mit innenpolitischen Kräften, welche für eine Steigerung der Entwicklungshilfe nicht viel übrig haben. So haben die im Entwicklungsausschuss der OECD vereinigten Industrieländer beschlossen, die Ausgaben der Verwaltung im Zusammenhang mit der Entwicklungsförderung — Personal- und Administrationskosten der Geberländer — inskünftig auch zur Entwicklungshilfe zu zählen. Die Schweiz kann so 1982 13,35 Mio. Franken mehr Entwicklungshilfe ausweisen, ohne eine effektive Mehrleistung zu erbringen.

In eine ähnliche Richtung zielt die neuartige Verbuchung der Zahlungen an einen Teil der multilateralen Entwicklungsinstitutionen. Bisher zählte die effektive Auszahlung der Beiträge zur Entwicklungshilfe. Neu werden nun die Beitragsversprechen («Notes») bereits im Zeitpunkt ihrer verbindlichen Zusage voll als

densbewegung und Anliegen wie der «Mitenand-Initiative» oder der Zivildienstvorlage sowie Infragestellung der friedliche Nutzung der Kernenergie.

«Strukturveränderung»

Die Autoren sind enttäuscht, dass die Kirchenleitungen nicht bereit sind, solche «logischen» Folgerungen aus der gesellschaftspolitischen Grundhaltung mitzutragen, denn offenbar waren sie der Ansicht, dass die Forderung nach Strukturveränderung von den Kirchen geteilt werde. Tatsächlich wurde in kirchlichen Medien seit Jahren «Strukturveränderung» gefordert, und die Kirchenleitungen ihrerseits publizierten periodisch Aufrufe zur Unterstützung der Hilfswerke, ohne einschränkend zu bemerken, dass man über die politischen Begleitumstände durchaus geteilter Meinung sein könne.

Anhand der FDP-Entwicklungsthesen wird es möglich sein, aufzuzeigen, wie sehr die Zielrichtung kirchlicher Entwicklungsorganisationen freisinniger Haltung zuwiderläuft. Das gilt speziell für die reformierten Kirchen. Die Caritas ist konsequenter und verzichtet z. B. darauf, in Vietnam mit katholischen Partnern zusammenzuarbeiten, die nach ihrer Meinung als Regierungsmarionetten fungieren. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen (HEKS) dagegen unterstützt diese katholischen Partner, und Brot für Brüder stellt anerkennend fest, diese hätten sich rechtzeitig auf die Seite der Revolution begeben, was leider die Protestanten nicht getan hätten.

Auseinandersetzung muss geführt werden

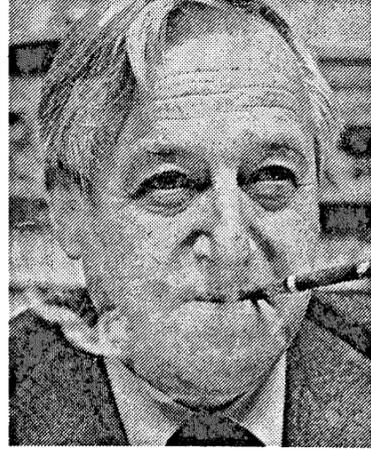
Sich in Auseinandersetzungen mit kirchlichen Instanzen einzulassen ist ebenso unangenehm für diejenigen, welche in der Kirche einen Ort der Geborgenheit sehen und nur vertrauen möchten, wie für die, welche etwas abseits der Kirche stehen und sich daher nicht befugt fühlen, dieser «an den Karren zu fahren». Zu bedenken ist aber, dass eine grosse Zahl politisch unsicherer Menschen im ehrlichen Bestreben, etwas Gutes, Christliches zu tun, sich leicht als «Graswurzelbewegung» politisch engagieren lassen. Es ist daher nicht kirchliche oder antikirchliche, sondern staatsbürgerliche Aufgabe, Unklarheiten aufzuzeigen und sich mit politischer Beeinflussung zu befassen, so theologisch diese auch immer verbrämt sein möge. Die FDP-Thesen zur Entwicklungspolitik bieten dazu eine gute Grundlage.

S. Daeniker-Pfister, Zollikon



Liberales Leute

Seinen Rücktritt auf Ende der Legislaturperiode hat der freisinnige Ständerat Luigi Generali bekanntgegeben. Der 63jährige Tessiner gehört den eidgenössischen Räten



seit zwölf Jahren an. Er war zuerst Mitglied des Nationalrates, den er 1978/79 präsidierte, um dann vor vier Jahren in die kleine Kammer zu wechseln. Generali, der auch erfolgreich auf kantonaler und kommunaler Ebene in den entsprechenden Legislativen wirkte, präsidierte zudem von 1975 bis 1978 die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung.

Ebenfalls nicht mehr kandidieren wird am 23. Oktober Nationalrat Pier-Felice Barchi. Für seinen Entscheid gab der 53jährige Frei-



sinnige, der der grossen Kammer seit 1971 angehört, politische und persönliche Gründe an; insbesondere will er sich vermehrt dem kantonalen Parteipräsidium widmen. Barchi ist sowohl Vizepräsident der FDP der Schweiz wie deren Fraktion in der Bundesversammlung.

Mit Alma Bacciarini hat ein weiteres Tessiner Mitglied der frei-



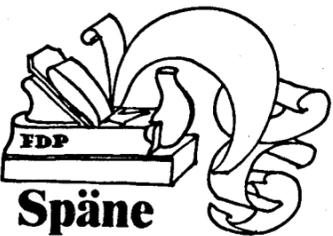
sinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung seinen Entschluss bekanntgegeben, nicht mehr zu kandidieren. Die 62jährige gehörte vor dem Einzug in die grosse Kammer 1979 auch der Tessiner Legislative an.

Erneut unter die Autoren gegangen ist Geneviève Aubry. Die freisinnige Berner Nationalrätin, die bereits zwei Bücher publiziert,



hat ein schmuckes 114seitiges Bändchen mit dem Titel «Nationalrätin: Alibifrau?» veröffentlicht.

Als Präsident der Schweizerischen Zentralstelle für Eigenheim- und Wohnbauförderung hat der Schwyzer Nationalrat Karl Weber (unser Bild) Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon, ZH) abgelöst. Mit dem neuen Präsidenten bleibt ein Freisinniger an der Spitze dieser Institution.



Späne

Rätselraten unter der Bundeskuppel: Wieso muss man denn einen Bericht fotokopieren, wenn man ihn bloss anderen vorlesen will?

Es gibt den sogenannten «Graben», aber ...

Was es mit dem sogenannten «Graben» zwischen West- und Ostschweiz denn wirklich auf sich habe, wollten Sekundarschüler des PFS (Pädagogisches Förderstudio, Winterthur) aus prominentem Munde erfahren. Nachdem sie sich mit ihrem Französischlehrer mit dieser Problematik befasst hatten, führen sie schliesslich nach Lausanne, wo sie ihre Interviewfragen an den Mann richten konnten, der sich schon lange verdienstvoll um die Ueberwindung des leidigen Grabens bemüht: Jean-Pascal Delamuraz, freisinniger Nationalrat und Waadtländer Staatsrat. Delamuraz betonte im Gespräch, dass es für ihn keine «Romandie» gebe, schliesslich rede in der Deutschschweiz auch niemand von einem «Allemannien». Auch machte er deutlich, dass es ja innerhalb einer Sprachregion auch gewaltige Unterschiede gebe, dass sich also (abgesehen von der Sprache) ein Genfer und ein Walliser wesensfremder sein können als etwa ein Lausanner und ein Zürcher. Er vermied es, vom «Graben» zu sprechen, sondern äusserte sich nur zum «sogenannten

Graben», der durch Anteilnahme am Geschehen im anderen Landesteil überbrückt werden könne. In diesem Sinne machte Delamuraz den jungen Ostschweizern das Kompliment, auch sie zählten schon zu den kleinen «Brückenbauern».

Die angehenden Staatsbürger werden wohl nie mehr vergessen, mit welcher Redegewandtheit und Menschlichkeit, mit welchem Sachverständnis und Ideenreichtum der Waadtländer Spitzenpolitiker auf ihre Fragen einging. Sie werden den Empfang im imposanten Lausanner «Château» dem Sitz der Waadtländer Regierung, wohl auch nicht als extravagante Französischstunde in Erinnerung behalten. Vielmehr werden sie ihn später als Musterlektion in Staatskunde betrachten. Die Lektion zeigte, dass die Grossen unseres Landes, zumindest wenn sie Delamuraz heissen, sich nicht als zu gross und erhaben erachten, um sich Zeit zu nehmen, unsere Jungen anzuhören. Delamuraz war den PFS-Schülern lebendiges Beispiel für die Funktionstüchtigkeit unserer direkten Demokratie. P. F., Winterthur

Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.

Senden Sie mir bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Wohnort

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

FDP-Nationalrats- und Ständerats-Kandidaten

stehen unsere bewährten Instrumente der Direktwerbung (und unsere Erfahrung!)

exklusiv

zur Verfügung

Walter Schmid AG

Kontaktieren Sie unseren Herrn Werner Hemmi.

Walter Schmid AG
Direct-Marketing-Beratung
Adressenmittlung - Laser-Printing
Telefon-Marketing

Neumünsterallee 6 - 8032 Zürich
Tel. 01 69 49 50

FIFDP22222

Wir sind 3 Damen
und wir wollen nichts anderes, als so vielen Einsamen wie möglich helfen, den richtigen Partner zu finden.

Wir sind vielerorts anzutreffen: In Bern (Hauptsitz), Zürich, Basel, Ostschweiz, Tessin, Lausanne, Genf.

Wir geben gerne Auskunft.

Introduction

Das Ehe- und Partnerwahlinstitut für Anspruchsvolle seit 1956

Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Tel. (031) 22 21 12 od. 22 08 39

Beziehungen zur BRD, Austria, Skandinavien sowie USA, Kanada, Australien. Staatlich eingetragen. Kein Vertreterbesuch.



Spross

Garten- und Landschaftsbau für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG
Zürich 01-4 62 62 62

In Ihrem Auftrag vermitteln wir Liegenschaften jeder Art.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.

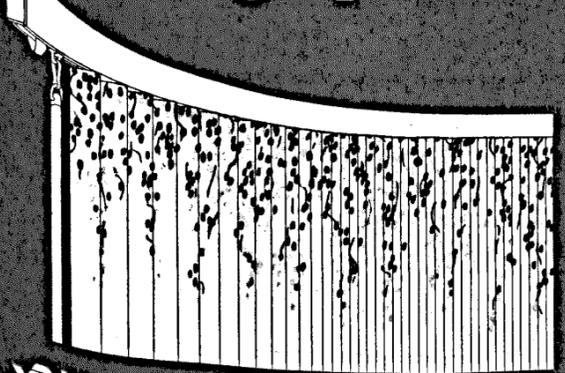


Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

SilentGliss für Vorhang-Systeme



VonDach+Co

SilentGliss

Von Dach+Co, 3250 Lyss, Tel. 032 84 27 42

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emlison, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-3320 Arbon, Tel. 071 46 85 35, Telex 77247, Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Taglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



St. Jakobskellerer | SCHULER & CIE AG | SCHWYZ + LUZERN



HOTEL OLIVELLA

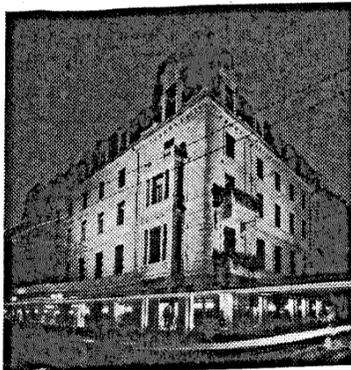
Restaurants
«La Voile d'Or» und «Oliva»
Bar al Lago - Hotel-Bar - Pianist

Freiluftbad - Lido direkt am See
Hallenbad - Sauna - Massage

Wasserski - Boote - Windsurfing
Kindergarten mit Betreuung
Kongress-Tagungs- und Banketträume

Für weitere Auskünfte und Reservationen:
Hotel Olivella, CH-6922 Morcote, Lago di Lugano
Tel. 0041 91/69 17 31, Tx 79 535

Dir. Manfred und Christina Hörger



Die Bank

Die Bank. Sie ist universal. Das heisst: Sie hat einen Sitz an der Zürcher

Börse, sie ist in der Anlageberatung und Vermögensverwaltung tätig und betreut institutionelle Investoren, sie betreibt das Kredit- und Akkreditivgeschäft, das Syndikatsgeschäft, den Handel mit Devisen, Noten, Edelmetallen, und sie berät Kunden bei der Gründung und Verwaltung von Gesellschaften.

Lesen Sie unsere Dienstleistungsbroschüre «DIE BANK». Darstellung einer Dynamik im Bankwesen.

BANK HOFMANN AG
ZUERICH

Talstrasse 27,
Telefon 01/211 57 60

Coupon einsenden an Bank Hofmann AG, Postfach 8022 Zürich.
Bitte senden Sie mir Ihre Dienstleistungsbroschüre «DIE BANK».

Name/Vorname _____
Strasse/Nr. _____
PLZ/Ort _____

FS

Freisinn und Umweltschutz

Fünf vor oder fünf nach zwölf?

Auf ein überaus grosses Interesse stiess die von der FDP der Schweiz organisierte Arbeitstagung zum Thema «Freisinn und Umweltschutz». 200 Freisinnige aus allen Landesteilen beteiligten sich engagiert in den Diskussionen in den Arbeitsgruppen. Den Anlass einleitend, hielt NZZ-Redaktor Walter Schiesser, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz der FDP der Schweiz, fest:



Walter Schiesser, unter dessen Aegide die Arbeitstagung stand und der deren Vorbereitung wesentlich prägte.

Es wäre möglich gewesen, uns mit dieser Tagung gezielt an jene Freisinnigen zu wenden, die ein besonderes Interesse am Umweltschutz bekunden, an Parteimitgliedern, die sich persönlich enga-

Richter: Ja zur Verbandsbeschwerde

Zum Abschluss der Tagung «Freisinn und Umweltschutz» wandte sich Parteipräsident Yann Richter an die Teilnehmer. Er erinnerte einleitend daran, dass die FDP wesentlich an der Verantwortung in Staat und Gesellschaft mitträgt; deshalb könne der Beitrag des Freisinns zum Umweltschutz weder in Anklagen noch in utopischen Forderungen bestehen. Die Auseinandersetzung sei im Spannungsfeld des ökonomisch-ökologischen Zielkonfliktes zu führen, sie sei zu versachlichen und habe auf diese Weise zu praktikablen und politisch durchsetzbaren Lösungen beizutragen. Die Freisinnigen hätten nicht auf die Umweltschützer roter oder grüner Prägung gewartet, um sich mit dem Umweltschutz auseinanderzusetzen, die FDP sei schon seit Jahren auf diesem Sektor tätig. Abschliessend nahm der Parteipräsident konkret Stellung zur laufenden Beratung des Umweltschutzgesetzes in den eidgenössischen Räten. Er wertete die vom Nationalrat verabschiedete Fassung als eine gute Verständigungslösung, welche die Erfüllung des Verfassungsauftrages gewährleistet. Hingegen bedauerte er den Entscheid des Ständerates, die Verbandsbeschwerde bei der Umweltverträglichkeitsprüfung für ortsfeste Anlagen nicht zuzulassen. Die Fraktion hatte sich vor der Behandlung im Nationalrat für diese Verbandsbeschwerde ausgesprochen, und es bleibe zu hoffen, so Parteipräsident Richter, dass der Ständerat im Differenzbereinungsverfahren schliesslich nachgeben werde. Die Verbandsbeschwerde habe sich im Bereich des Natur- und Heimatschutzes als segensreich erwiesen und sei nicht missbraucht worden. Die gleichen Möglichkeiten sollten den Umweltschutzorganisationen eingeräumt werden, damit sie sich bei Bedarf im Rahmen eines demokratischen Rechtes als Anwälte (nicht als Richter) von berechtigten Umweltschutzanliegen betätigen können.

giert haben, in der Wissenschaft, in Behörden und in Organisationen. Solche in Anführungszeichen «grüne» Freisinnige gibt es erstaunlich viele. Um diese Behauptung zu untermauern, will ich lediglich darauf hinweisen, dass von den gesamtschweizerischen Umweltschutzorganisationen drei, nämlich die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, die Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und der WWF Schweiz, von politisch aktiven Freisinnigen präsiert werden und dass in der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung der Direktor, im Schweizer Heimatschutz der Geschäftsführer je ein Freisinniger ist.

Miteinander sprechen statt aneinander vorbei fordern

Eine Tagung mit nur «grünen» Freisinnigen hätte ihre Vorzüge gehabt: Die Diskussion wäre einfacher gewesen, ein Konsens eher möglich. Vielleicht hätten wir uns sogar auf eine Resolution einigen können, die im weiteren Vorfeld der Parlamentswahlen den Anschein erweckt hätte, die FDP sei an einer Ecke auch eine grüne Partei. Eine solche Lösung haben wir in der Arbeitsgruppe bereits vor einem Jahr, als die Konkretisierung des Tagungsprojektes beschlossen wurde, einhellig als nicht sinnvoll abgelehnt. Massge-

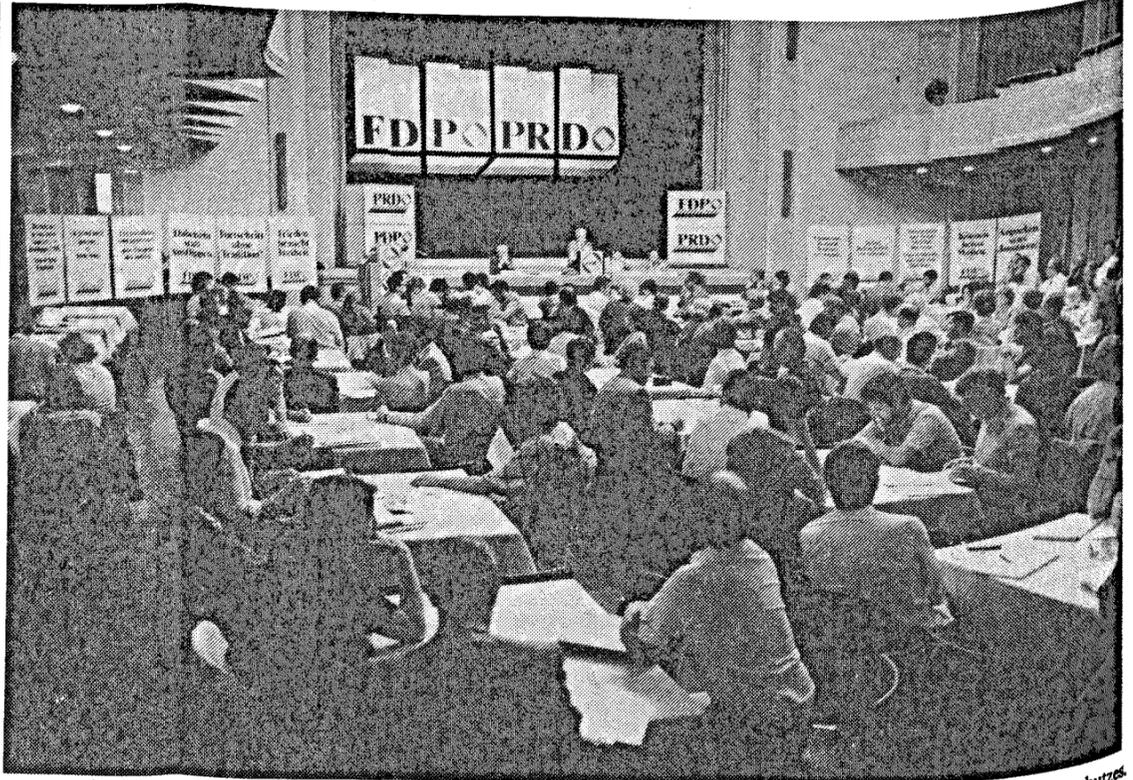


Nationalrat Gilles Petitpierre (FDP, GE) plädierte in einem Referat dafür, den Umweltschutz nicht auf Wahlparolen zu reduzieren und nicht losgelöst von anderen politischen Bereichen zu behandeln.

band war dabei die Einsicht, dass das Spannungsverhältnis zwischen ökonomischen Interessen und ökologischen Erfordernissen nicht abgebaut, sondern eher verschärft wird, wenn die involvierten Gruppen, anstatt miteinander zu sprechen, schliesslich sogar innerhalb der gleichen Partei anein-



Die Diskussion in den Arbeitsgruppen verlief überaus lebhaft.



200 Freisinnige diskutierten an einer Arbeitstagung die Bedrohung der Umwelt und die politischen Probleme des Umweltschutzes. Vertreter aus Wissenschaft, Behörden, Umweltschutzorganisationen, Politik und Wirtschaft suchten in intensiven und engagierten geführten Arbeitsgesprächen nach einer Verständigung zwischen Befürwortern eines verstärkten Engagements des Freisinns in Umweltschutzfragen und jenen Parteimitgliedern, die von einzelnen Umweltschutzmassnahmen unerwünschte Auswirkungen befürchten. (Photos rut)

ander vorbei reden und aneinander vorbei fordern.

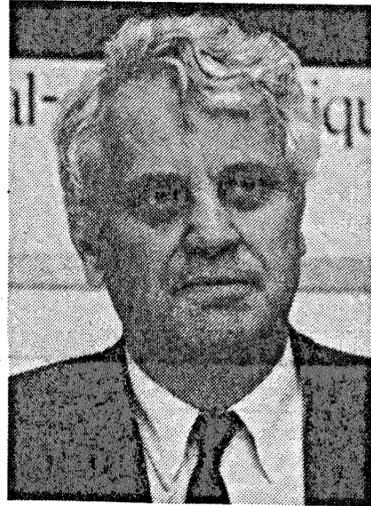
Laut und ohne Rücksicht auf Kosten und Nebenwirkungen das Gute zu fordern ist auch im Umweltschutz das Einfachste. Es ist zu einfach — genau wie es heute zu einfach ist, irgend etwas zu fordern, ohne die ökologischen Kosten und Nebenwirkungen in Betracht zu ziehen. Deshalb sind wir in der Arbeitsgruppe Umweltschutz überzeugt, dass es keinen anderen Weg gibt, als den Umweltschutz im Spannungsfeld der Zielkonflikte zu sehen, zu diskutieren und zu verwirklichen. Der Versuch, den Umweltschutz aus dem Zielspektrum herauszulösen, ist abzulehnen; aus staatspolitischen Erwägungen und weil er zum Scheitern verurteilt wäre. Wir müssen im Gegenteil alles daran setzen, den Umweltschutz voll in die politische Meinungsbildung und Willensbildung und damit auch in die Arbeit unserer Partei zu integrieren.

Kein Ja zum voreiligen Kompromiss

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Das ist kein Plädoyer für den voreiligen Kompromiss, bei dem bald einmal die «wirtschaftliche Tragbarkeit» zum massgebenden Kriterium werden könnte, sondern eher eine Aufforderung zum nachhaltig zähen Ringen im liberalen Geiste der Toleranz. Dabei muss sich der Umweltschutz eindeutig an den ökologischen Erfordernissen orientieren, jedenfalls dort, wo es um die langfristige Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen geht. Das hat mit grüner Zwängerei nichts zu tun, sondern ist ein Gebot der Vernunft.

Indem wir nicht nur die «grünen» Freisinnigen ansprechen, sondern auch jene, die eher ein Zuviel als ein Zuwenig an Umweltschutz befürchten, möchten wir also das sachliche Gespräch

fördern und der verbreiteten Tendenz zur Ideologisierung und Polarisierung entgegenwirken — zum beidseitigen Gewinn, wie ich



In einem Grundsatzbeitrag zeichnete Prof. Werner Stumm, Direktor der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (EA-WAG), ein eindrückliches Bild der globalen Umweltbedrohung im allgemeinen und der schweizerischen im besonderen.

hoffe. Es kann jedenfalls nichts schaden, wenn Befürworter eines eher rigorosen Umweltschutzes Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit Mitbürgern erhalten, die von den postulierten Massnahmen vor allem betroffen wären, zum Beispiel als Verantwortliche in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb. Sich seriös mit deren Sorgen zu befassen ist aller-

dings anspruchsvoller, als sich an das modische Feindbild von der profitgierigen Wirtschaft zu halten. Auf der anderen Seite mag dafür die Erkenntnis wachsen, dass sich Umweltprobleme nicht dadurch lösen lassen, dass man sie, weil sie stören, bagatellisiert oder verdrängt und den Mahnern kurzerhand ein rot-grünes Etikett an den Hals hängt, um sie so pauschal als Gesprächspartner zu diskreditieren.

Gegen gegenseitige Beargwöhnung

Gegenseitige Beargwöhnung ist ohnehin fehl am Platz. Fragt man nämlich, weshalb die Ansichten über Umweltpolitik selbst in der relativ homogenen Gruppe einer politischen Partei weit auseinanderklaffen können, so stellt man unschwer fest, dass die Diskrepanz in der unterschiedlichen Situation wurzelt. Konkreter ausgedrückt: Wer im Umweltschutz eine Aufgabe unter anderen sieht, ein Problem, das sich mit Know-how, Geld und etwas Geduld innerhalb nützlicher Frist in den Griff bekommen lässt, der begreift Umweltpolitik aus naheliegenden Gründen anders als jemand, der überzeugt ist, dass wir uns mit unserer Zivilisationsmaschine auf Kollisionskurs befinden und es für wirksame Gegenmassnahmen wenn nicht fünf nach, so doch jedenfalls fünf vor zwölf ist.

Freisinn und Umweltschutz

Mit Blick auf die Arbeitstagung über «Freisinn und Umweltschutz» wurde ein Sonderheft der «Politischen Rundschau», der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahrzeitschrift, publiziert. Dieses enthält Beiträge mehrerer in den verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes engagierter Freisinniger. Mit untenstehendem Talon können Sie diese Nummer bestellen.

Senden Sie mir Ex. der «Politischen Rundschau» zur Arbeitstagung «Freisinn und Umweltschutz». Den Betrag von fünf Franken je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem der Sendung beiliegenden Einzahlungsschein überweisen.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

FDP-Parlamentarier unterwegs

Den traditionellen Ausflug während der Sommersession verband die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung mit zwei Besichtigungen: Im Grimselgebiet liess sie sich über die Tätigkeit der Kraftwerke Oberhasli AG orientieren und bei den gleichnamigen berühmten Fällen am Brennersee über die geplante Renovation des Giessbach-Hotels. Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cvevey konnte eine grosse Gästeschar begrüssen mit den Bundesräten Georges-André Chevallaz und Dr. Rudolf Friedrich, alt Bundesrat Dr. Fritz Honegger, Nationalratspräsident Dr. Franz Eng sowie FDP-Präsident Yann Richter an der Spitze.

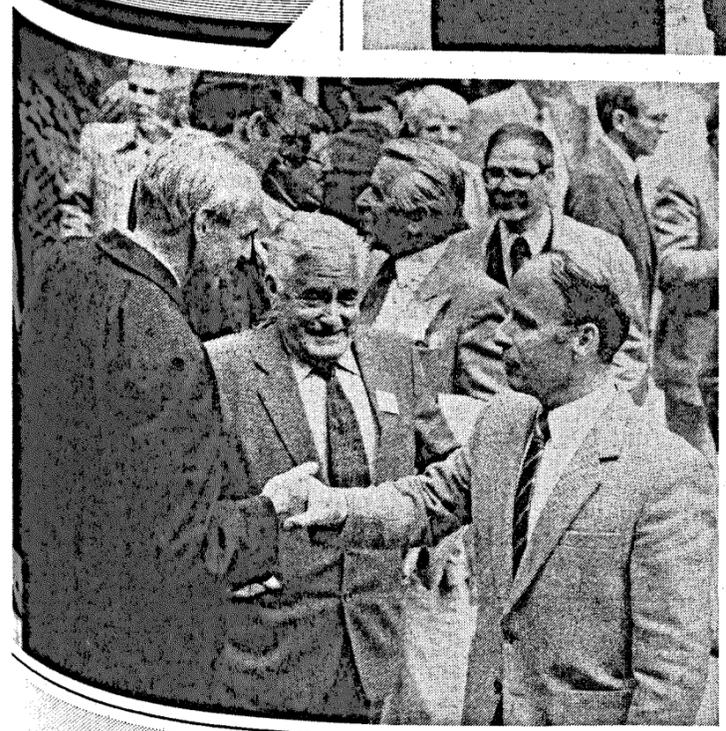
Die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO), die von deren Direktor Franz Benelli vorgestellt wurden, ist eine reine Produktionsanlagegruppe, die sich nicht mit der Energieverteilung und -versorgung befasst. Sie liefert rund 1,5 Mia. Kilowattstunden jährlich und nützt die Aare vom Grimsel bis Innerkirchen sowie deren Nebenflüsse im Gaden- und Gentalgebiet. Bereits 1899 bestanden Pläne zur Nutzbarmachung dieser Wasserkräfte, die Gründung der Gesellschaft, der heute neben der Bernischen Kraftwerke AG (BKW) der Kanton Basel-Stadt sowie die Städte Zürich und Bern angehören, erfolgte jedoch erst 1925.



Ueber die Vergangenheit und die Zukunft des Hotels Giessbach informierte der Gemeindepräsident von Brienz, Peter Flück. Das neben seiner einmaligen Lage auch durch seine Architektur auffallende Hotel, das gegenwärtig geschlossen ist und zu dem auch eine Standseilbahn gehört, bedarf der umfassenden Renovation. Deshalb wurde eine nationale Sammlung lanciert.



Zu unseren Bildern (Fotos ruti): Oben: Besichtigung finden die Erläuterungen von Direktor Franz Benelli über die Aufgaben der KWO. Mitte links: Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich im Gespräch mit Nationalratspräsident Dr. Franz Eng in einer Kammer der KWO. Mitte rechts: Alt Bundesrat Dr. Fritz Honegger mit Staatssekretär Dr. Paul Jolles und Bauernverbandsdirektor René Juri (links). Unten links: Der (freisinnige) Gemeindepräsident von Brienz, Peter Flück, begrüsst die Bundesräte Friedrich und Georges-André Chevallaz. Unten rechts: Der Fraktionsausflug ist nicht gratis: Ihren Obolus entrichten alt National- und alt Regierungsrat Dr. Albert Schlapfer (TG), links, sowie National- und Regierungsrat Raymond Junod (VD) an zwei Mitarbeiterinnen des Generalsekretariates; rechts Ilse Gamba, links Silvia Enz.



Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

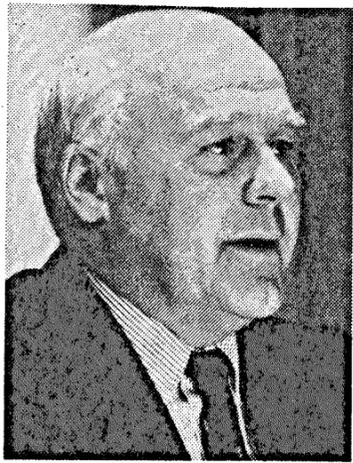
J.VONTOBEL & CO.
Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 7111
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Finanzpläne zwischen Theorie und Praxis

Realitäten statt Illusionen

Für eine realistischere Betrachtungsweise in der eidgenössischen Finanzpolitik plädierte in der Debatte in der grossen Kammer über die Haushaltsperspektiven des Bundesrates Nationalrat Ulrich Bremi. Der Zürcher Freisinnige forderte von der Landesregierung zudem eine geschlosseneren Haltung. Nachstehend ein Auszug aus seinem Votum:



Lange Zeit hat man uns vorgeworfen, wir würden aus dem Parlament Sparanstrengungen verlangen, blieben aber konkrete Vorschläge schuldig. Nun kann man sich fragen, ob es unsere Aufgabe sei, Einzelpositionen aus dem Budget herauszugreifen und zu verändern und damit in die Exekutivfunktion des Bundesrates einzugreifen. In der Finanzkommission wurden nun aber jedenfalls konkrete Vorschläge eingebracht, diskutiert und bewertet. Wir haben darüber hinaus auch gesehen, dass noch zahlreiche weitere Positionen diskussionswürdig wären. Das Finanzdepartement kennt diese Punkte seit langem.

Wo bleibt der politische Wille?

Ganz offensichtlich liegen heute bei weitem genügend Entscheidungsgrundlagen vor. An einem, diesbezüglichen Mangel krankt unsere Finanzpolitik nicht mehr. Was wir jetzt hingegen dringend brauchen, ist der politische Wille, entsprechende Entscheide zu treffen und einen gewählten Weg auch wirklich zu gehen.

Wir wurden kritisiert, weil in der Kommission keine «unité de doctrine» sichtbar geworden sei. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Es geht hier nicht um die Vorbereitung einer Volksabstimmung,

sondern um die Schaffung und die Wahl von Optionen. Wenn es also um die Bildung eines politischen Willens geht, auch um die Verwirklichung politischer Ziele, wird ein Parlament keine einheitliche, sondern nur mehrheitliche Entscheide fällen können.

Das ist nicht undemokratisch. Im Gegenteil: Es muss uns gelingen, einen politischen Mehrheitswillen zu finden, darzustellen und auch dafür einzustehen. Je besser uns das gelingt, desto leichter wird es dem Bundesrat fallen, entsprechende Folgeentscheide zu fällen. Die deutliche Mehrheit der Kommission und unsere Fraktion wollen einerseits die Ausgabenkonzentration auf jene Gebiete entlasten, für die der Bund ausschliesslich verantwortlich ist. Wir wollen andererseits das Verursacherprinzip konsequenter anwenden. Wir lehnen es aber ab, Finanzpläne weiterhin durch illusionäre und nicht

realisierbare Neueinnahmen auf dem geduldigen Papier zum Stimmen zu bringen.

Geschlossenheit statt departementales Denken

Vom Bundesrat erwarten wir auf Grund dieser Perspektivendiskussion Budgetanträge, die Geschlossenheit, nicht departementales Denken atmen. Budgetanträge, die den festen und den gemeinsamen Willen deutlicher zum Ausdruck bringen, als dies heute noch der Fall ist. Ein für das ganze Land sichtbarer Schulter-schuss aller Departementsvorsteher ist für die Lösung der Finanzprobleme unerlässlich.

Diese politischen und methodischen Hinweise gestatte ich mir angesichts der ungezählten vorliegenden und pendent gehaltenen Vorschläge für Einsparungen und Neueinnahmen zu machen. Unser Koalitionssystem geht einen merkwürdigen Weg, in dem wir fälschlicherweise mehr Koalition im Parlament suchen und die Einheit der Regierung aufzubrechen suchen. Das Umgekehrte scheint mir dringend nötig zu sein. In diesem Rat sollen Konflikte dargestellt werden, diese Perspektiven geben hierfür politischen Anlass. Im Bundesrat wünschen wir uns den sichtbaren Konsens.

Auch das wurde von den Kommissionsmitgliedern besprochen, wenn auch gelegentlich ausserhalb der Sitzungen. Für mich sind sie aber unendlich wichtiger als die Zahlenspiele in Papieren.

Delegiertenversammlung der SVFF in Luzern

Präsidiumswechsel, Drogen, Umweltschutz

Etwa 70 freisinnige Frauen aus allen Landesteilen der Schweiz fanden sich im Luzerner Rathaus zur Delegiertenversammlung der Schweizerischen Vereinigung der freisinnig-demokratischen Frauen (SVFF) ein. Ein Bericht von Margrit Annen-Ruf:

Begrüsst wurden die Teilnehmerinnen von der Präsidentin der Liberalen Frauengruppe der Stadt Luzern, Beatrice Schwarzenberger, und der Präsidentin der kantonalen Vereinigung, Maria Pfenniger. Stadtrat Dr. Robert Schiltknecht überbrachte die Willkommensgrüsse des Luzerner Stadtrates. Die SVFF-Präsidentin, Ira Stamm, konnte namentlich Nationalrätin Elisabeth Kopp, Dr. H. U. Daepf, Präsident der Libe-

ralen (freisinnigen) Partei des Kantons Luzern, sowie den Nidwaldner Regierungsrat Dr. Hugo Waser als Vertreter der FDP der Schweiz begrüßen. «Es braucht heute Mut zu Veränderungen, aber auch das Beibehalten von Bewährtem, um unsern Kindern ein Erbe zu hinterlassen, das wir verantworten können», meinte die Präsidentin in ihren die Versammlung einleitenden Eröffnungsworten.

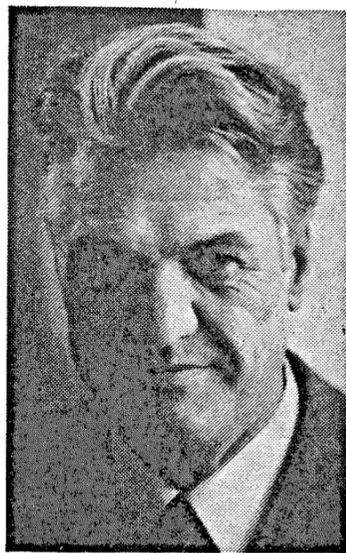
Umweltschutz und Drogenpolitik

Wichtigste Geschäfte auf der Traktandenliste waren die Verabschiedung der Schlussfolgerungen aus der Umweltschutztagung der SVFF in Wildhaus und die Schlussfolgerungen aus dem Bericht «Drogen und Gesellschaft» der FDP der Schweiz und dem Drogenbericht der eidgenössischen Betäubungsmittelkommission. So erachtet die SVFF eine Verschärfung des Umweltschutzgesetzes für notwendig. Ohne staatliche Eingriffe, auf dem Boden der Liberalität, gehe es nicht mehr. Die Umweltpolitik müsse sich unter anderem mehr nach dem Vorsorgeprinzip richten und die Verursacher müssten konsequenter und umfassender, auch mit marktwirtschaftlichen Strategien, zum Beispiel Kausalabgaben, angegangen werden.

In der Drogenpolitik seien echte und glaubhafte Wege, die der Freiheit und Selbstverantwortung des Einzelnen und dem Schutz der Gesellschaft Rechnung tragen, zu finden. Dazu fordert die SVFF die Politiker zum Ueberdenken des Bundesgesetzes über Betäubungsmittel auf und ersucht die Kantonsregierungen, in Zusammenarbeit mit dem

Belohnter Mut zu wirtschaftlichem Realismus

Nach dem Wahlsieg von Frau Thatcher



Der Gang der Wirtschaft ist heutzutage schwer zu überblicken und wird daher selbst von wissenschaftlichen Experten immer wieder völlig unterschiedlich beurteilt. Es kommt also nicht von ungefähr, dass sich auch die Wirtschaftspolitiker schwertun, wenn es darum geht, in kritischen Situationen Umfang und Schlagrichtung von politischen Massnahmen zu bestimmen. Ihre Aufgabe ist um so schwieriger, als sie ihre Politik ja auch dem Bürger und Wähler plausibel machen müssen, der seinerseits im Normalfall einen weit bescheideneren Informationsgrad aufweist. So kommt es insbesondere vor Wahlen eben oft dazu, dass Massnahmenpakete angeboten werden, die ohne Rücksicht auf negative langfristige Folgen und Entwicklungen den schnellen, meist auch entsprechend kurzlebigen Tageserfolg anstreben.

Dass es auch anders geht, hat bei den deutschen Märzahlen die neue Koalition bewiesen, die der Versuchung widerstand, weitere kostspielige Impulsprogramme zu versprechen, und dafür einem gesunden strukturpoli-

tischen Realismus sowie einer energischen Zügelung der Haushaltspolitik das Wort redete. Es gelang ihr auf dieser Basis, nach kurzer Regierungszeit die Wahlen zu gewinnen.

Noch eindrücklicher ist das englische Beispiel. Frau Thatcher liess sich auch im Wahlkampf nicht dazu herbei, irgendwelche publikumswirksamen Versprechen abzugeben. Dabei hatte sie es in ihrer ersten, knapp fünf Jahre langen Regierungszeit wahrlich nicht an bitterer Medizin fehlen lassen. Sie setzte rückhaltslos auf die Karte der Inflationsbekämpfung als erstes Sanierungsziel, wobei sie zwar geradezu sensationell erfolgreich war, gleichzeitig aber einen weiteren massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kauf nahm. Sie hatte es ausserdem gewagt, den Gewerkschaften in einer Konfrontation auf Biegen und Brechen mehr Rücksicht auf die wirtschaftlichen Realitäten abzurufen. Auf der ganzen Linie brach sie mit der zur Tradition gewordenen dirigistischen Politik und entschied sich im Zweifelsfalle immer für die freie Marktwirtschaft.

Das Resultat ist bekannt: Ihr Mandat wurde aufs eindrucklichste bestätigt, und die Labour-Partei steckte ihre wohl schwerste Wahlniederlage überhaupt ein. Zwar profitierte Frau Thatcher dabei sicherlich auch von der Falkland-Krise, in der sie ihre ausserordentlichen Führungsqualitäten auf spektakuläre Weise unter Beweis gestellt hatte. Die Ereignisse in England sind aber so oder so eine Demonstration dafür, dass sich selbst eine lange schmerzliche Rosskurpolitik wahlpolitisch auszahlen kann, wenn sie nur glaubwürdig, gradlinig und eindringlich genug betrieben wird.

Richard Reich
FDP-Nationalrat,
Forch/Zürich

Bund der Drogenpolitik höhere Priorität einzuräumen (z. B. konsequent durchgeführte Aufklärung in Familie, Schule und Gesellschaft, Ausbau von Drogenambulatorien, Schaffung zusätzlicher Therapieplätze usw.), und die Mitbürger zu aktivem Interesse für das Drogenproblem.

Wechsel im Präsidium

Neu für die Amtsperiode 1983 bis 1987 wurde die Frauengruppe Aargau als Vorort der SVFF gewählt, und ihre Präsidentin, Dr. Regula Frei-Stola, Aarau, wird das Präsidium der SVFF übernehmen. Carmen Hatz dankte der scheidenden Präsidentin für ihre grosse Arbeit im Dienste der SVFF, das Engagement und die Umsicht, mit der sie die anspruchsvolle und nicht leichte Aufgabe ausgeübt habe.

Bevor Dr. Regula Frei auf die Schwerpunkte des kommenden

Programms, wie Behandlung des ganzen Fragen- und Sachkomplexes Schwangerschaftsabbruch/Recht Fristenlösung/Initiative «Recht auf Leben», Mutterschaftsversicherung, «Frau und Gesamtverteidigung», Eherecht und die Thesen zur freisinnigen Frauenpolitik, hinwies, richtete sie einige Dankesworte an die Versammlung. Sie bat um die Unterstützung aller in ihrer künftigen Tätigkeit, unterstrich, dass Frauenfragen immer auch Gesellschaftsfragen seien und die liberalen Frauen, im Unterschied zu sozialistischen, nicht auf Konfrontation aus seien, sondern gemeinsam mit den Männern arbeiten wollten.

Neu in die Vereinigung aufgenommen wurden die Freisinnige Frauengruppe Bremgarten, die Freisinnige Frauengruppe des Kantons St. Gallen sowie mehrere Einzelmitglieder, darunter Dr. Lili Nabholz.

Die Thesen der FDP der Schweiz zur Entwicklungszusammenarbeit mit dem Titel «Ja zur Partnerschaft mit den Entwicklungsländern» haben unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Neben kritischer Zustimmung wurden auch Vorbehalte formuliert. Der SP blieb es überlassen, sie als Wahlschlager zu bezeichnen... Die freisinnigen Thesen wurden in Heft 4/82 der «Politischen Rundschau» publiziert. Sie können diese Unterlagen mit diesem Talon bestellen.



Einsenden an Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Bitte senden Sie mir ... Exemplare der «Politischen Rundschau» Nr. 4/82 «Ja zur Partnerschaft mit den Entwicklungsländern». Den Betrag von Fr. 3.- je Heft werde ich mit dem beigelegten Einzahlungsschein überweisen.

Name _____

Strasse _____

PLZ, Wohnort _____

Datum, Unterschrift _____

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

Anlageberatung für
institutionelle Kunden

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11
New York 001 212 949-90-55